

Bündnispartner und Besatzungsmacht. Zur politischen Rolle Württembergs zwischen dem Restitutionsedikt und der Schlacht bei Nördlingen

VON EBERHARD FRITZ

In der ersten Hälfte des Dreißigjährigen Krieges treten zwei Ereignisse hervor, die als besonders folgenreich für das Herzogtum Württemberg gelten. Im März 1629 erließ Kaiser Ferdinand II. das Restitutionsedikt, mit dem er der katholischen Kirche den in der Reformationszeit enteigneten Besitz zurückerstatten wollte. Im September 1634¹ fügten kaiserliche Heere in der Nähe der Reichsstadt Nördlingen der gegnerischen Partei unter dem Kommando des schwedischen Generals Gustav Horn und Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar eine vernichtende Niederlage zu. Anschließend eroberten die siegreichen kaiserlichen Truppen das Herzogtum Württemberg, und Herzog Eberhard III. floh nach Straßburg.

Zwischen diesen dramatischen und für Württemberg geradezu verhängnisvollen Ereignissen liegt jedoch ein Zeitabschnitt, in dem die Herzöge von Württemberg als Bündnispartner des Königreichs Schweden auf der Seite der Sieger standen. Durch Schenkungen und Eroberungen brachten sie zahlreiche Herrschaften südlich und südwestlich ihres Landes an sich und dehnten damit ihr Territorium bis an die Donau und an den Bodensee aus. Als einziger Historiker in neuerer Zeit hat Stefan Zizelmann in seiner Dissertation diesen Zeitabschnitt unter dem Aspekt der württembergischen Außenpolitik ausführlicher dargestellt². Dies ist insofern äußerst verdienstvoll, als die älteren Publikationen zum Thema noch aus dem

¹ In diesem Aufsatz sind die Daten nach dem heute gültigen Gregorianischen Kalender angegeben, der während des Dreißigjährigen Krieges nur in den katholischen Territorien gültig war. Die Protestanten richteten sich nach dem Julianischen Kalender, der um zehn Tage differierte. In den Quellen aus protestantischen Territorien ist das Datum des Julianischen Kalenders vor dem Schrägstrich angegeben. Die Schlacht bei Nördlingen fand also nach dem Julianischen Kalender am 26./27. August 1634, nach dem Gregorianischen Kalender am 5./6. September 1634 statt.

² Stefan ZIZELMANN, *Um Land und Konfession. Die Außen- und Reichspolitik Württembergs (1628–1638)* (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 941), Frankfurt am Main 2002.

18. und 19. Jahrhundert stammen. Damit bildet Zizelmans Arbeit eine wichtige Grundlage für die Beschäftigung mit dieser Phase.

Nun soll jedoch gefragt werden, welche Ziele der württembergischen Eroberungspolitik zugrunde lagen, und wie sich diese Besitzergreifungen politisch auswirkten. Im Grunde stellt sich die Frage nach den Intentionen der württembergischen Militärpolitik, deren Richtung die Herzöge bestimmen konnten. In der Wahrnehmung der württembergischen Landesgeschichtsschreibung erschien Herzog Eberhard III. meist als eher hilfloses Opfer des Krieges, in dem sein Land ausgeraubt und verwüstet wurde. Wie aber verhielten sich die württembergischen Landesherren, wenn sie selbst als Besatzungsmacht auftraten? Wie wirkte sich die dominierende Stellung Württembergs auf die eroberten Herrschaften aus? Die Untersuchung dieser Fragestellung verdient nicht nur aufgrund der landesgeschichtlichen Relevanz Interesse, sondern sie zeigt auch Grundzüge der Kriegspolitik im breiteren Rahmen auf³.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass der Dreißigjährige Krieg ein „Raubkrieg“ gewesen ist. Generell zielte das Interesse der beteiligten Mächte darauf ab, möglichst große gegnerische Gebiete in ihren Besitz zu bringen. Dabei ging man in den meisten Fällen davon aus, dass die besetzten Gebiete dauerhaft bei der neuen Herrschaft verbleiben würden. Da der Territorialisierungsprozess noch nicht abgeschlossen war, erschienen solche Hoffnungen durchaus nicht unberechtigt. Es gab aber auch eine andere Möglichkeit, ohne aufwändige und riskante Feldzüge Gebiete zu erwerben: Stand man auf der Seite einer erfolgreichen Kriegspartei, dann konnte man Anspruch auf eroberte Herrschaften erheben, falls es dafür urkundliche Beweise gab. Gerade im deutschen Südwesten gab es solche umstrittenen Herrschaftsbezirke, übrigens nicht nur zwischen konfessionell unterschiedlichen Herrschaftsträgern. Die Grafen von Waldburg und die Erzherzöge von Österreich-Tirol machten sich Rechte in der Grafschaft Friedberg-Scheer sowie in den „Donaustädten“ Waldsee, Saulgau, Riedlingen, Mengen und Munderkingen streitig⁴. Während des gesamten Krieges gingen die rechtlichen Auseinandersetzungen um diese Besitzkomplexe weiter. Aber selbst um einzelne verpfändete Orte konnte es zu zähen Rechtsstreitigkeiten kommen. Dafür ist das zwischen Freiherr Heinrich von Stain und den Erzherzögen von Österreich-Tirol umstrittene Eigentum der beiden zur Pfandschaft Emerkingen gehörenden Ortschaften Unterstadion und Bettighofen anlässlich eines beabsichtigten Verkaufs ein gutes Beispiel⁵. Beide Herrschaften verteidigten zäh ihre vermeintlichen Rechte in diesen Dörfern. Insbesondere bei der Frage, wer die Herrschaftsrechte ausüben, die Verteidigung

³ Für zahlreiche Hinweise und inhaltliche Anregungen bedanke ich mich herzlich bei Harald Schukraft, Stuttgart.

⁴ HStAS B 60 Bü 1476 (a); Bü 1505–1507. – StA Sigmaringen (künftig: StAS) Dep. 30/1 T 3 Nr. 915.

⁵ HStAS B 60 Bü 593 (a).

organisieren oder die Aufbringung der Kontributionen regeln sollte, spielte der herrschaftliche Konflikt eine wichtige Rolle. Erst lange nach Kriegsende sollte er gelöst werden.

Zwischen den Erzherzögen von Österreich-Tirol und den Herzögen von Württemberg waren die beiden Pfandschaften Achalm und Hohenstaufen sowie die Herrschaft Blaubeuren strittig. Im 15. Jahrhundert hatten die Habsburger diese Herrschaften an die Grafen von Württemberg verpfändet, und nun, nach zwei Jahrhunderten, wollten die Erzherzöge von Österreich-Tirol diese Gebiete wieder auslösen. Sie regierten von Innsbruck aus neben dem Kernland Tirol die vorderösterreichischen Besitzungen. Mit den beanspruchten Herrschaften konnten sie ihr Herrschaftsgebiet arrondieren, denn sie bildeten eine Landbrücke zwischen den vorderösterreichischen Herrschaften Hohenberg im Westen und Günzburg im Osten. Da jedoch die Wurzeln der rechtlichen Auseinandersetzungen um die Pfandschaften im 14. Jahrhundert lagen, stellte sich die Frage, wieweit die Habsburger nach so langer Zeit noch einen Rechtsanspruch geltend machen konnten⁶. Besonders schwierig gestaltete sich diese Fragestellung bei der Pfandschaft Achalm, welche von den Erzherzögen immer als „Grafschaft“ bezeichnet wurde⁷. Es handelte sich dabei um kein abgegrenztes oder fest definiertes Gebiet. Somit stellte sich die Frage, welche Ortschaften überhaupt zu diesem fiktiven Herrschaftsverband gehört hatten, der in den Ämtern Urach, Münsingen und Tübingen verortet war. Außerdem musste nach so langer Zeit für alle drei Herrschaften eine angemessene Pfandsumme zur Auslösung dieser Besitzungen festgelegt werden. Nichtsdestoweniger hatten die Erzherzöge von Österreich-Tirol bis kurz vor dem Beginn des Krieges häufiger versucht, ihren Anspruch bei den Kaisern geltend zu machen⁸. Diese Anstrengungen waren im Sand verlaufen, weil es die Herzöge von Württemberg verstanden, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und damit die Angelegenheit immer wieder der Vergessenheit anheimfallen zu lassen.

In Friedenszeiten hatte man darum immer häufiger rechtliche Auseinandersetzungen geführt⁹. Nun aber konnten sich erfolgreiche Landesherren im Rahmen eines großen Krieges Hoffnungen auf eine Arrondierung und Erweiterung des Herrschaftsgebietes machen.

⁶ Hans-Martin MAURER, *Der Hohenstaufen. Geschichte der Stammburg eines Kaiserhauses*, Stuttgart/Aalen 1977, S. 141–144.

⁷ Eberhard FRITZ, *Die „Pfandschaft Achalm“ im Besitz der Tiroler Linie des Hauses Habsburg. Expansionsbestrebungen in Vorderösterreich während des Dreißigjährigen Krieges*, in: *Reutlinger Geschichtsblätter NF* 49 (2010) S. 239–348.

⁸ MAURER (wie Anm. 6) S. 141.

⁹ Vgl. HStAS B 40 Bü 708 (Erzherzog Leopold V. von Österreich-Tirol an Herzog-Administrator Ludwig Friedrich von Württemberg [Kopie], undatiert [1628], und Kaiser Ferdinand II. an Herzog-Administrator Ludwig Friedrich, 18. 9. 1628).

Erste Kriegsfolgen

Im ersten Jahrzehnt des Dreißigjährigen Krieges gehörte das Herzogtum Württemberg zu den von Kriegereignissen wenig betroffenen Territorien des Deutschen Reiches. Zwar ließen die Herzöge ein Heer ausheben und mehrmals die Grenzen vor allem im Schwarzwald sichern. Auch die Bevölkerung spürte erste krisenhafte Auswirkungen der kriegerischen Ereignisse in anderen deutschen Territorien. Münzverschlechterungen und erhöhte Abgaben für Kriegszwecke sowie gelegentliche Truppendurchzüge waren Indikatoren für eine bedrohlichere Zeitstimmung. Nur selten jedoch kam es zu Gewalttätigkeiten und Plünderungen durch Soldaten, die sich dann in einem eng begrenzten regionalen Raum abspielten. So wurden nach der Schlacht bei Wimpfen 1622 einige Dörfer an der nördlichen Grenze des Herzogtums durch plündernde Soldaten in Mitleidenschaft gezogen.

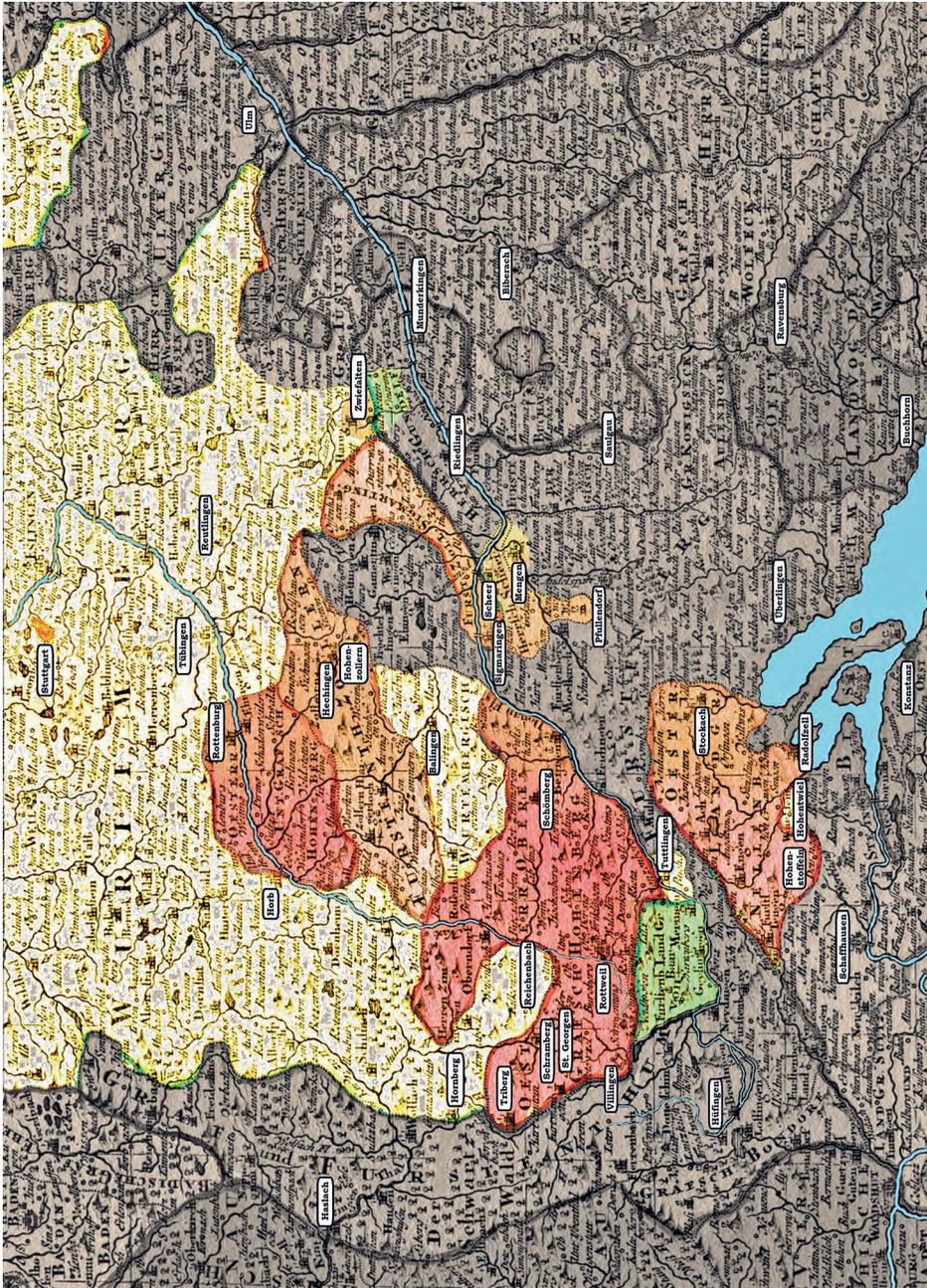
Auf der Reichsebene gestaltete sich die Situation allerdings kritischer. Seit dem Sieg über den böhmischen König Friedrich in der Schlacht am Weißen Berge 1620 und der Eroberung des Königreichs Böhmen dominierten Kaiser Ferdinand II. und seine Parteigänger im Reich. Als entschiedener Katholik stand der Kaiser im Verdacht, dass er in eroberten Gebieten eine Gegenreformation durchführen würde. Mancherorts wurden sogar Befürchtungen laut, der Kaiser werde den Protestantismus ausrotten. Diese Ängste erschienen nicht überzogen oder unrealistisch, wenn man die Verfolgung und Unterdrückung der Hugenotten in Frankreich in Betracht zog. Gegen Ende der 1620-er Jahre erreichte die Machtstellung des Kaisers einen Höhepunkt, den die hohen katholischen Geistlichen ausnutzten. Sie drängten Ferdinand II., ein Edikt zu erlassen, durch welches die nach der Reformation säkularisierten geistlichen Besitzungen an die katholische Kirche zurückfallen sollten¹⁰.

Am 6. März 1629 erließ der Kaiser das Restitutionsedikt, und umgehend machten Bischöfe und Ordensleute ihre Besitzansprüche geltend. Davon war das Herzogtum Württemberg besonders betroffen, denn die Gebiete der 14 großen Mannsklöster und zahlreicher Frauenklöster umfassten fast ein Drittel des Landes¹¹. Dazu wurden weitere geistliche Besitzungen eingezogen. Die Auswirkungen des Restitutionsedikts wurden bereits 1909 in einer bis heute maßgeblichen Arbeit von Heinrich Günter dargestellt¹², deshalb erübrigen sich detaillierte Ausführungen.

¹⁰ ZIZELMANN (wie Anm. 2) S. 42.

¹¹ Nach Johannes ARNDT, *Der Dreißigjährige Krieg 1618–1648*, Stuttgart 2009, S. 96, soll sogar fast die Hälfte des Landes verlorengegangen sein.

¹² Heinrich GÜNTER, *Das Restitutionsedikt von 1629 und die katholische Restauration AltWürttembergs*, Stuttgart 1901. – Dazu auch Michael FRISCH, *Das Restitutionsedikt Kaiser Ferdinands II. vom 6. März 1629 (Jus ecclesiasticum, Bd. 44)*, Tübingen 1993. – ZIZELMANN (wie Anm. 2) S. 109–115.



„Circulus Sueviae continens Ducatum Wirtembergensem aliosque Status et Provincias“ von Johann Baptist Homann, um 1720; bearb. vom Verfasser.

Es gelang, die Klöster wieder mit Mönchen und Klosterfrauen zu besetzen und vor Ort Verwaltungen aufzubauen. Die Enteignung der geistlichen Besitzungen traf das Herzogtum Württemberg, als sich die Herrscherfamilie in einer Krise befand. Im Juli 1628 war Herzog Johann Friedrich verstorben, und als Vormund für den 13-jährigen Erbprinzen Eberhard regierte nun der jüngere Bruder des Verstorbenen, Herzog-Administrator Ludwig Friedrich von Württemberg-Mömpelgard¹³. In der kritischen Situation schwächte eine vormundschaftliche Regierung das Land, weil es im Reich nicht so stark repräsentiert war wie durch einen in der Sukzession stehenden Herrscher. Aber auch innenpolitisch brachte diese Regierungsform Probleme mit sich. Ein Administrator regierte nur auf Zeit und strebte nach einer Versorgung für sich und seine Familie. Gerade in der Kriegssituation bot es sich an, eroberte Gebiete nicht dem Kernland zuzuschlagen, sondern ein eigenes Territorium aufzubauen. Herzog-Administrator Ludwig Friedrich befand sich also in einer schlechten Ausgangsposition, aber er setzte sich für die Rückgabe der Klöster und der geistlichen Besitzungen ein. Allerdings erkrankte Ludwig Friedrich nach zwei Jahren schwer und reiste im November 1630 in seine linksrheinische württembergische Herrschaft Mömpelgard, wo er zwei Monate später starb. Als Herzog-Administrator wurde nun der jüngere Bruder Julius Friedrich von Württemberg-Weiltingen eingesetzt¹⁴. Wie Stefan Zizelmann gezeigt hat, belastete der finanzielle Aufwand für die Versorgung der zahlreichen Mitglieder in den damals existierenden verschiedenen Linien des Hauses Württemberg den Haushalt des Landes erheblich¹⁵. Außerdem verfolgte Herzog-Administrator Julius Friedrich in höherem Maße eigene Interessen als sein Vorgänger. In einer krisenhaften, bedrohlichen Situation schwächten solche Spannungen innerhalb der Herrscherfamilie das Land erheblich.

Immerhin gestaltete sich die politische Situation im Deutschen Reich für die protestantischen Fürsten wieder aussichtsreicher. Im Norden des Landes hatte König Gustav II. Adolf von Schweden in den Krieg eingegriffen. Was zunächst nach einer begrenzten Aktion zur Sicherung der schwedischen Machtinteressen im Ostseeraum ausgesehen hatte, entwickelte sich zu einem groß angelegten Feldzug gegen die kaiserliche Kriegspartei. Mit einem modern ausgerüsteten Heer erzielte der schwedische König bedeutende Erfolge und fühlte sich ermutigt, nach Süden vorzudringen. Dort wollte er die protestantischen Territorien von der kaiserlichen Herrschaft befreien. Unter dem Eindruck dieser günstigen Situation kam es in Leipzig im März 1631 zu einem Zusammenschluss fast sämtlicher evangelischer Reichsstände, dem „Leipziger Bund“¹⁶. Zwar gelobte man dem Kaiser Gehorsam,

¹³ Jean-Marc DEBARD, Ludwig Friedrich, in: *Das Haus Württemberg. Ein biographisches Lexikon*, hg. von Sönke LORENZ/Dieter MERTENS/Volker PRESS, Stuttgart 1997, S. 178–180.

¹⁴ Harald SCHUKRAFT, Julius Friedrich, in: *Das Haus Württemberg* (wie Anm. 13) S. 191–193.

¹⁵ ZIZELMANN (wie Anm. 2) S. 165–168.

¹⁶ Ebd., S. 109–115.

aber man vereinbarte gleichzeitig die Stellung von Heereskontingenten, um notfalls die Interessen der Protestanten mit Waffengewalt zu verteidigen. Herzog-Administrator Julius Friedrich trat diesem Bündnis bei, obwohl er damit ein enormes politisches Risiko auf sich nahm. Es drohte die Gefahr, dass der Kaiser ihn wegen Bruchs des Lehensverhältnisses zur Rechenschaft ziehen und das Herzogtum Württemberg in Besitz nehmen würde. Aber Julius Friedrich ließ sich zum Bundesobristen wählen und warb Truppen an. Dies provozierte eine militärische Aktion des Kaisers.

Obwohl Württemberg dem Leipziger Bund beigetreten war, berief Herzog-Administrator Julius Friedrich zusammen mit dem Bischof von Konstanz den Kreistag des Schwäbischen Kreises in Ulm ein, der sehr gut besucht war. Dort wurden durch einen Befehl von Kaiser Ferdinand II. von allen Ständen des Schwäbischen Kreises Kontributionen für dessen Heer gefordert. Allerdings weigerten sich die protestantischen Teilnehmer des Kreistags, diese Kontributionen zu bewilligen. Sie wollten selbst für ihren Schutz sorgen und benötigten daher sämtliche Geldmittel für eigene Truppenwerbungen. Durch die Kriegsvorbereitungen des Herzog-Administrators befürchteten die vorderösterreichischen Beamten, er werde einen Feldzug im Bodenseeraum unternehmen. Es verbreiteten sich Gerüchte, dass zu diesem Zweck geworbene württembergische Soldaten in den Orten um die württembergische Festung Hohentwiel einquartiert seien¹⁷. Man wusste nie, ob nicht die protestantischen Städte der Eidgenossenschaft ihren Glaubensgenossen mit Truppen zu Hilfe kommen würden¹⁸. Denn es galt keinesfalls als ausgemacht, dass die Schweiz konsequent neutral bleiben würde, da auch dort die Spannungen zwischen den protestantischen und den katholischen Städten zunahmen¹⁹. Die Einschätzungen der katholischen Protagonisten zeigen, dass Württemberg als entschlossener Kriegsgegner wahrgenommen wurde und keinesfalls nur als minder mächtige Kriegspartei, der es lediglich um die Verteidigung ihres Landes ging.

Kaiser Ferdinand II. beauftragte den bayerischen Generalfeldzeugmeister Graf Egon VIII. zu Fürstenberg-Heiligenberg, einen Feldzug gegen Württemberg zu unternehmen²⁰. Damit geriet Herzog Julius Friedrich unvermittelt in die Defensive. Die Grenztruppen erwiesen sich als zu schwach, um das kaiserliche Heer abzuwehren. Sicher wurde Graf Egon VIII. auch dadurch in seiner unnachgiebigen Haltung gegenüber Württemberg bestärkt, dass es in der protestantischen Reichs-

¹⁷ Fürstlich Fürstenbergisches Archiv, Donaueschingen (künftig: FFA), Dreißigjähriger Krieg, Militaria II/4 [1631] (Österreichische Beamte in Friedingen an die helfensteinischen und fürstenbergischen Räte und Oberamtleute der Herrschaft Meßkirch, 28. 6. 1631).

¹⁸ FFA Dreißigjähriger Krieg, Militaria II/4 [1631] (NN. [Onophrius Singer?], Tengen, an Dr. Sebastian Dankwart, fürstenbergischer Rat und Obervogt der Herrschaft Blumberg, 22. 5. 1631).

¹⁹ Vgl. Richard SEEHAUSSEN, *Schweizer Politik während des Dreißigjährigen Krieges*, Halle 1882, S. 2f.

²⁰ ZIZELMANN (wie Anm. 2) S. 115–119.

stadt Ulm zu starken Spannungen zwischen Protestanten und den wenigen katholischen Einwohnern kam²¹. Mit einem großen Heer zog der Generalfeldzeugmeister zu Fürstenberg über die Schwäbische Alb, ohne auf viel Gegenwehr zu stoßen. Er eroberte die Amtsstadt Münsingen und bewegte sich auf die zweite württembergische Residenzstadt Tübingen zu²². Unterwegs eroberte das Heer am 11. Juli die Reichsstadt Reutlingen²³. Dann marschierten etwa 8.000 Soldaten vor der Stadt Tübingen auf, und angesichts dieser erdrückenden Übermacht kapitulierte Herzog-Administrator Julius Friedrich²⁴. Es kam zu starken Plünderungen in mehreren württembergischen Ämtern. Da sich die Bevölkerung sehr über die schweren Belastungen beklagte, verhandelten die Landstände mit dem Grafen zu Fürstenberg über einen Abzug der kaiserlichen Truppen. Gegen eine Zahlung von 1.000 Reichstalern verließen die Soldaten bis auf ein Kontingent von 2.000 Mann das Herzogtum. Zwölf Kompanien zu Fuß und zu Pferd verblieben in den Städten Schorndorf, Göppingen, Cannstatt, Marbach, Heidenheim, Brackenheim, Waiblingen und Winnenden²⁵. Damit war das Land von kaiserlichen Truppen unter Graf Egon VIII. zu Fürstenberg besetzt. Die Macht des Kaisers schien ungebrochen. Der kurze, siegreiche Feldzug des Grafen Egon VIII. im Sommer 1631 wurde in Württemberg „Kirschenfeldzug“ genannt, weil er nicht länger dauerte als die Kirschenernte²⁶.

In dieser Auseinandersetzung begegnen zwei Phänomene, die für den weiteren Kriegsverlauf bedeutsam sind. Fabian Schulze hat erst kürzlich noch einmal die Bedeutung der Reichskreise für die Politik im Reich hervorgehoben²⁷. Speziell in der Kriegssituation erwiesen sich diese überkonfessionellen Zusammenschlüsse als wichtig, weil politische und militärische Gegner regelmäßig in einem Gremium

²¹ Katholisches Pfarrarchiv Biberach G 3 Nr. 6: Tagebuch des Johann Ernst von Pflummern (3./13. 5. 1631). – Vgl. auch StAS Dep. 30/1 T 3 Nr. 2145 (Bericht aus der Grafschaft Friedberg-Scheer, 30. 4. 1631): Man befürchtet, dass die Reichsstadt Ulm dem ankommenden kaiserlichen Volk die Quartiere und den Durchmarsch durch ihr Territorium verweigert.

²² Vgl. dazu Eugen SCHNELL, Aktenstücke und Berichte zur Geschichte des 30jährigen Krieges aus der Gegend des Bussen von den Jahren 1628–1632, in: WVjH 4 (1881) S. 117 f.

²³ StAS 30/12 T 3 Nr. 77 (Abt Johann, Obermarchtal, an Abt Joachim, Rot an der Rot, 3./13. 7. 1631). – SCHNELL (wie Anm. 22) S. 117. Vgl. auch StadtA Reutlingen A 1 Bd. 2 Bü 1994 (Bernhard Schaffalitzky von Muckadell an die Reichsstadt Reutlingen, 24. 2./5. 3. 1632): Verhandlungen mit Herzog-Administrator Julius Friedrich.

²⁴ Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, UR AUR 1631 VII 12 (Kapitulationsvertrag, 12. 7. 1631).

²⁵ Leo Ignaz von STADLINGER, Geschichte des Württembergischen Kriegswesens von der frühesten bis zur neuesten Zeit, Stuttgart 1856, S. 283.

²⁶ Hugo GMELIN, Der Kriegszug des Grafen Franz Egon von Fürstenberg gegen Württemberg im Jahr 1631, der sog. Kirschenkrieg, in: WVjH NF 7 (1898) S. 104–123.

²⁷ Fabian SCHULZE, Die Reichskreise im Dreißigjährigen Krieg. Kriegsfinanzierung und Bündnispolitik im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (Bibliothek Altes Reich, Bd. 23), Berlin/Boston 2018.

miteinander verhandelten. Der Herzog von Württemberg und der Bischof von Konstanz luden als ausschreibende Fürsten der jeweiligen Konfession immer zu den Kreistagen nach Ulm ein und beschickten sie mit Gesandten. Gerade diese Verbindungen über konfessionelle und militärische Schranken hinweg waren existenziell wichtig für das Fortkommen des zeitweise schwer angeschlagenen Herzogtums Württemberg. Die Funktionsfähigkeit des Schwäbischen Kreises über fast den gesamten Krieg hinweg ist ein Beleg für die These von Georg Schmidt, dass die Reichsstände ihre Angelegenheiten autonom regelten und ihre Beziehung zum Reich nie aufkündigten²⁸.

Der Heerführer Graf Egon VIII. zu Fürstenberg entstammte einem angesehenen Adelsgeschlecht. Die Grafen zu Fürstenberg verfügten über bedeutenden Landbesitz im Schwarzwald, im Hegau und auf der Schwäbischen Alb, aber dieser war auf drei Linien aufgeteilt. Da die Einkünfte aus den Herrschaften für eine standesgemäße Repräsentation nicht ausreichten, mussten sich die männlichen Angehörigen der oberschwäbischen Adelsfamilien nach anderen Einkommensquellen umsehen. Dafür boten sich Positionen in der katholischen Kirche, im Militär oder in kaiserlichen Diensten an, und dies bedingte eine Nähe zum Kaiser. Gleichzeitig verfügte das Reichsoberhaupt über Parteigänger in Oberschwaben. Wenn Konflikte auftraten, beauftragte der Kaiser Angehörige der Adelsfamilie oder Inhaber kirchlicher Ämter als Kommissare mit den Verhandlungen und der Schlichtung dieser Angelegenheiten. Dabei agierten die Adelsfamilien in einem Verbund, weil sie durch Eheschließungen miteinander versippt und verschwägert waren, und weil ihre Macht tief in die katholische Kirche hineinragte. In den frühen 1620-er Jahren hatte Kaiser Ferdinand II. einige oberschwäbische Adelsfamilien durch Rangerhöhungen erheblich aufwertet, um seine Herrschaft in Oberschwaben zu stützen. Graf Johann von Hohenzollern-Sigmaringen wurde 1623 in den erblichen Fürstenstand erhoben. Sein Bruder Graf Johann Georg von Hohenzollern-Hechingen erhielt ebenfalls die Würde eines Fürsten. Im Jahr 1628 verlieh Kaiser Ferdinand II. den Truchsessern Wilhelm Heinrich von Waldburg-Wolfegg, Jakob von Waldburg-Trauchburg, Friedrich von Waldburg-Scheer-Trauchburg und Johann Jakob von Waldburg-Zeil den erblichen Rang eines Reichsgrafen²⁹. Schließlich erhob der Kaiser 1629 die Herren Hugo zu Königsegg-Rothenfels und Johann Georg zu Königsegg-Aulendorf in den erblichen Reichsgrafenstand.

Hinter einer einzelnen adeligen Familie ist immer ihr dynastisches Netzwerk zu sehen. Dafür ist das Haus Fürstenberg ein gutes Beispiel, denn außer Graf Egon VIII. zu Fürstenberg-Heiligenberg befanden sich auch noch Graf Friedrich

²⁸ Georg SCHMIDT, *Der Dreißigjährige Krieg*, München 2006, S. 21.

²⁹ Joseph VOCHEZER, *Geschichte des fürstlichen Hauses Waldburg in Schwaben*, Bd. 3, Kempten/München 1907, S. 371. – Das Herrschaftsgebiet war 1625 geteilt worden. Graf Wilhelm Heinrich erhielt die obere und untere Grafschaft Friedberg, die Herrschaften Scheer, Dürmentingen, Bussen und Kallenberg und die vier Städte Mengen, Saulgau, Riedlingen und Munderkingen. Graf Friedrich erhielt die Herrschaft Trauchburg; ebd., S. 360.

Rudolf zu Fürstenberg-Stühlingen und Graf Wratislaus II. zu Fürstenberg-Meißkirch als Heerführer in kaiserlichen Diensten. Eine ähnliche Stellung nahm das Haus Waldburg mit seinen verschiedenen Linien ein. Seit 1627 war Truchsess Johann von Waldburg-Wolfegg Fürstbischof von Konstanz und damit ausschreibender katholischer Fürst des Schwäbischen Kreises.

Die Zugehörigkeit von Adelsfamilien zu den beiden gegnerischen Kriegsparteien zog übrigens keineswegs notwendigerweise eine persönliche Feindschaft einzelner Personen nach sich. Angesichts drohender Kriegsgefahr hatte Herzog Johann Friedrich von Württemberg bereits 1626 die Pferde aus seinem Gestüt bei Graf Wratislaus II. zu Fürstenberg in Ulm in Sicherheit gebracht³⁰. Er schenkte auch dem Grafen Friedrich Rudolf Pferde. Außerdem lassen sich immer wieder gute persönliche Beziehungen über alle Konflikte hinweg nachweisen.

Schwedische Herrschaft in Oberschwaben

Nur kurze Zeit nach der Besetzung des Herzogtums Württemberg durch kaiserliche Truppen kündigte sich eine Verschiebung der Machtverhältnisse an. Am 17. September 1631 besiegte König Gustav II. Adolf in Breitenfeld bei Leipzig ein kaiserliches Heer. Unmittelbar danach machte er sich mit seinem Heer auf den Vormarsch nach Süden. Er bot den protestantischen Reichsständen Schutzverträge an, so auch dem Herzog-Administrator Julius Friedrich von Württemberg³¹. Als im Oktober schwedische Truppen in Franken einfielen, waren die katholischen Reichsstände im Schwäbischen Kreis alarmiert. Bischof Johann von Konstanz berief am 16. November eine Versammlung nach Ravensburg ein, wo über die Organisation der Verteidigungsmaßnahmen beraten werden sollte³². Im Januar 1632 fand am selben Ort eine weitere Konferenz statt³³.

Bei den protestantischen Fürsten löste der rapide schwedische Vormarsch gemischte Gefühle aus. Konnte man sich einerseits Hoffnungen auf eine Befreiung von der kaiserlichen Herrschaft machen, so musste man andererseits befürchten, dass König Gustav II. Adolf eine ähnlich dominierende Machtstellung erringen würde wie zuvor der Kaiser. Besonders in Württemberg taktierten Herzog und Landschaft vorsichtig, da beim Bruch des Lehensverhältnisses gegenüber dem Kaiser eine Besitznahme des Landes durch ihn drohte³⁴. Außerdem war die Meinung

³⁰ Hans-Jürgen PHILIPP, *Das Hofgestüt Marbach (1491–1817) des Hauses Württemberg auf der Schwäbischen Alb*, Berlin 2017, S. 101–106.

³¹ Theodor SCHOTT, *Württemberg und Gustav Adolf 1631 und 1632*, in: *WVjH NF 4* (1895) S. 359f.

³² FFA, *Dreißigjähriger Krieg, Militaria II/4 [1631]* (Graf Heinrich von Waldburg-Wolfegg, Wolfegg an Graf Wratislaus II. zu Fürstenberg, 31. 10. 1631; Protokoll, 18. 11. 1631).

³³ SCHNELL (wie Anm. 22) S. 110.

³⁴ ZIZELMANN (wie Anm. 2) S. 137–162.

der politisch Verantwortlichen bezüglich eines Bündnisses mit Schweden geteilt. Herzog-Administrator Julius Friedrich sandte seinen Kanzler Jakob Löffler zum schwedischen König. Löffler befürwortete ein Bündnis mit Schweden, zumal er persönlich auf große Sympathien stieß und Offerten erhielt, in schwedische Dienste zu treten. Dennoch veranlassten dann eher der Druck der Verhältnisse und die militärische Übermacht Schwedens den Herzog-Administrator, seine Regierung und die württembergische Landschaft, einen Vertrag mit Schweden zu schließen. Gegenüber dem Kaiser sicherte man sich ab, indem König Gustav II. Adolf ein Drohschreiben nach Stuttgart sandte und damit einen Vorwand lieferte, um die zwingenden Umstände für ein vereinigt Vorgehen darzulegen.

Angesichts der schwedischen Übermacht zogen die kaiserlichen Besatzungstruppen aus dem Herzogtum Württemberg ab. Umgehend ließ der Herzog-Administrator die Klöster militärisch besetzen und gliederte sie wieder als Korporationen in die evangelische Landeskirche ein. Im Dezember verließen die kaiserlichen Besatzungstruppen das Herzogtum Württemberg aus Angst vor den anrückenden Schweden³⁵. Ein großer Durchzug schwedischer Regimenter auf dem Weg in den Bodenseeraum blieb Württemberg erspart, da die Befehlshaber ihre Soldaten an der Ostgrenze des Landes vorbei nach Bayern und Oberschwaben führten³⁶.

Bei der Eroberung des Bodenseeraums verfolgten König Gustav II. Adolf und seine Heerführer einen planmäßige Strategie³⁷. Bereits während seines Aufenthalts in Frankfurt am Main schloss der Monarch einen Schutz- und Schirmvertrag mit der Reichsstadt Ulm³⁸. Die große Stadt an der Donau sollte als Ausgangspunkt für die Eroberung des nördlichen Bodenseeraums dienen. Danach bestand das Ziel darin, die oberschwäbischen Reichsstädte zu erobern, um von diesen Zentren aus das umliegende Land zu beherrschen. Eine Besitznahme der Reichsstädte besaß aber auch symbolischen Charakter, denn der Kaiser war Stadtherr und verlor seine prestigeträchtigsten Besitzungen.

Überraschend besetzte eine Kompanie schwedischer Soldaten die Reichsstadt Ulm. Wenige Tage später fiel die Reichsstadt Ravensburg in die Hände der Schweden, der in schwedischen Diensten stehende, aus Schottland stammende Kommandant Patrick Ruthven zog in der Stadt ein³⁹. Parallel dazu marschierte ein schwedisches Heer durch das Herzogtum Württemberg und eroberte am 13. März 1632 die

³⁵ SCHOTT (wie Anm. 31) S. 364.

³⁶ Ebd., S. 376.

³⁷ Zum Kriegsverlauf der Jahre 1631 bis 1634 in Südwestdeutschland vgl. Siegfried NICKLAUS, Dreißigjähriger Krieg, in: Historischer Atlas von Baden-Württemberg 1972–1988. Beiwort zur Karte VI, 11, Stuttgart 1979, S. 13.

³⁸ StAL B 207 U 222.

³⁹ StadtA Ravensburg Bü 490c/1 (Patent von Patrick Ruthven, schwedischer Kommandant von Ulm, über die Besitzergreifung der Reichsstadt Ravensburg für die Krone Schweden [Kopie], 17./27. 4. 1632). – Albert SCHILLING, Patrik Ruthven, schwedischer Kommandant in Ulm, 1632–33, in: WVjH 11 (1888) S. 142–159.

Reichsstadt Reutlingen zurück⁴⁰. Dabei kamen auch die Klosterhöfe des Benediktinerklosters Zwiefalten und des Zisterzienserklosters Salmannsweiler in ihren Besitz⁴¹. Der Zwiefalter Klosterhofmeister in Reutlingen zog bedeutende Abgaben an Getreide und Wein aus den Klosterbesitzungen im Ermstal ein, die entweder in württembergischen Orten oder, wie das Klosterdorf Neuhausen an der Erms, als Exklave inmitten württembergischen Gebiets lagen⁴².

Durch das rasche Vordringen der schwedischen Heeresverbände wurden die Herrschaftsträger aufgeschreckt, weil sie sich angesichts der gegnerischen Erfolge ohnmächtig fühlten⁴³. Im März 1632 kursierten an den oberschwäbischen Adelshöfen die Nachrichten vom Anrücken der schwedischen Armee⁴⁴. Die Adelsfamilien berieten sich untereinander über mögliche Abwehrmaßnahmen; beispielsweise trafen sich im Auftrag ihrer Herrschaften fürstenbergische Beamte mit acht Jägermeistern der Grafen von Hohenzollern-Sigmaringen⁴⁵. Jedoch mussten sie erkennen, dass sie gegen die erdrückende Übermacht kaum etwas ausrichten konnten, wenn sie vom Kaiser, vom Kurfürsten von Bayern oder von den Erzherzögen von Österreich-Tirol keine Hilfe erhielten. Am Bodensee errichtete man Verteidigungsanlagen, um den anrückenden Feind zurückzuhalten. Man befürchtete, dass die Landgrafschaft Nellenburg mit dem Zentrum Stockach unter württembergische Herrschaft kommen würde⁴⁶. In Stahringen wurde ab April eine große Schanze errichtet, um den Zugang nach Radolfzell und an den Untersee zu sperren. Die Stadt Konstanz suchte man zu sichern, indem man den Vorort Petershausen mit Gräben und Wällen befestigte⁴⁷.

⁴⁰ FFA OB 19 Vol. 32 Fasz. 6 (Schreibkalender von Graf Wratislaus II. zu Fürstenberg, 17. 3. 1632). – StadtA Reutlingen A 1 Bd. 2 Bü 1995 (Melchior Linck, schwedischer und württembergischer Obrist, an die Reichsstadt Reutlingen, 12./22. 3. 1632).

⁴¹ StadtA Reutlingen A 1 Bd. 2 Bü 1996 (Melchior Linck, schwedischer und württembergischer Obrist, an die Reichsstadt Reutlingen, 14./24. 3. 1632); Bü 1998 (Vertrag der Reichsstadt Reutlingen mit Offizieren des schwedischen Regiments Friedrich Ludwig von Langendorf, betreffend die Übergabe der Stadt, 2./12. 5. 1632).

⁴² Zu den daraus resultierenden Konflikten siehe HStAS A 208 Bü 448.

⁴³ FFA OB 19 Vol. 32 Fasz. 6 (Schreibkalender von Graf Wratislaus II. zu Fürstenberg, Eintrag vom 7. 3. 1632). Graf Egon VIII. zu Fürstenberg schreibt aus Heiligenberg: *Es stehe nit wohl umb uns*.

⁴⁴ FFA OB 19 Vol. 32 Fasz. 6 (Schreibkalender von Graf Wratislaus II. zu Fürstenberg, Eintrag vom 5. 3. 1632).

⁴⁵ FFA OB 19 Vol. 32 Fasz. 6 (Schreibkalender von Graf Wratislaus II. zu Fürstenberg, 11. 4. 1632).

⁴⁶ Vgl. StAS Dep 30/1 T 3 Nr. 692 (Erbruchseß Wilhelm Heinrich von Waldburg, Konstanz, an Dr. Johann Christoph Kohllöffel, Obervogt in Scheer, 28. 4. 1632).

⁴⁷ Konrad BEYERLE, Konstanz im Dreißigjährigen Kriege. Schicksale der Stadt bis zur Aufhebung der Belagerung durch die Schweden 1628–1633 (Neujahrsblätter der Badischen Historischen Kommission, NF, Bd. 3), Heidelberg 1900, S. 9.

Bis Ende 1632 April fiel eine ganze Reihe von Reichsstädten im östlichen Oberschwaben und im Allgäu an die Schweden⁴⁸: Memmingen, Kempten, Kaufbeuren, Biberach⁴⁹, Leutkirch⁵⁰ und Wangen⁵¹. Die schwedischen Soldaten waren wegen ihrer Grausamkeit gefürchtet und plünderten in der gesamten Region Klöster, Schlösser und Dörfer⁵². Nun dominierte die protestantische Großmacht Schweden wie zuvor der Kaiser.

Für Herzog-Administrator Julius Friedrich von Württemberg erfüllten sich die Hoffnungen auf Landerwerbungen in überreichem Maß. König Gustav II. Adolf beteiligte seine Parteigänger an seinen glänzenden Erfolgen und verschenkte eroberte Besitzungen an zahlreiche verbündete Fürsten, Adelige und Beamte⁵³. Julius Friedrich gehörte zu den Hauptprofiteuren. Er reiste persönlich nach Augsburg, wo sich der schwedische König aufhielt. Dort versprach er, 6.000 Soldaten für das schwedische Heer zu stellen, und Gustav II. Adolf revanchierte sich mit Schenkungen. Im Gebiet seines Landes erhielt der Herzog-Administrator die Propstei Nellingen, den Ort Winnenden und einige andere kleinere Besitzungen. Außerhalb des Herzogtums sicherte ihm Gustav II. Adolf das Kloster Zwiefalten sowie die vorderösterreichischen Grafschaft Hohenberg und die zollerische Grafschaft Sigmaringen zu⁵⁴.

Mit dem Kloster Zwiefalten wurde ihm ein Gebiet zugesprochen, in dem Württemberg von Alters her die Forsthoheit besaß⁵⁵. Deshalb residierte seit jeher ein württembergischer Forstmeister in einem schlossähnlichen Anwesen in Stein-

⁴⁸ Karl von MARTENS, *Geschichte der im Königreiche Württemberg vorgefallenen kriegerischen Ereignisse*, Stuttgart 1847, S.320. – Hingewiesen sei auf: Volker RÖDEL/Ralph TUCHTENHAGEN (Hg.), *Die Schweden im deutschen Südwesten* (VKgL B 225), Stuttgart 2020. Dieses Werk konnte für den vorliegenden Aufsatz nicht mehr ausgewertet werden.

⁴⁹ Georg LUZ, *Beiträge zur Geschichte der ehemaligen Reichsstadt Biberach*, Biberach 1876, S.229–232. Nach Luz zogen die schwedischen Soldaten am 20. April 1632 in Biberach ein.

⁵⁰ Martin SCHEUTZ/Katrin KELLER (Hg.), *Die Habsburgermonarchie und der Dreißigjährige Krieg* (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Bd. 73), Göttingen 2019, S.366.

⁵¹ ZIZELMANN (wie Anm.2) S.164.

⁵² Vgl. dazu auch Christian Friedrich SATTLER, *Geschichte des Herzogthums Württemberg unter der Regierung der Herzogen*, Bd. 7, Ulm 1774, Beilage 21, S.92.

⁵³ Paul Friedrich STÄLIN, *Schwedische Schenkungen in Bezug auf Teile des heutigen Königreichs Württemberg und an Angehörige zu demselben gehöriger Familien während des dreißigjährigen Krieges*, in: *WVjH NF 3* (1894) S.411–455. – Paul Friedrich STÄLIN, *Schwedische und kaiserliche Schenkungen in Bezug auf Teile des heutigen Königreichs Württemberg und an Glieder zu demselben gehöriger Familien während des dreißigjährigen Krieges*, in: *WVjH NF 6* (1897) S.309–384. – Paul Friedrich STÄLIN, *Zu den Abhandlungen: Schwedische und kaiserliche Schenkungen während des Dreißigjährigen Krieges und Beiträge zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges*, in: *WVjH NF 9* (1900) S.94–97.

⁵⁴ ZIZELMANN (wie Anm.2) S.170.

⁵⁵ *HStAS B 551 Bü 22* (Getreide- und Weinsturz im Kloster Zwiefalten nach der württembergischen Besetzung, 30.6./10.7.1632).

hilben und beaufsichtigte die württembergischen Forstknechte in mehreren Klosterorten. Am 13. Juni besetzten württembergische Soldaten das Kloster; beim zweiten Mal soll die württembergische Armee nach den Angaben der Klosterbeamten mit etwa 12.000 Mann in das Klostergebiet gekommen sein. Württembergische Beamte zogen die Einkünfte ein und erhoben ebenfalls Kontributionen⁵⁶. Das Herzogtum Württemberg reichte nun bis zur Donau, und damit hatte sich ein lang gehegter Wunsch der württembergischen Regentenfamilie erfüllt. Ein Teil des württembergischen Heeres marschierte auf Riedlingen zu, kehrte aber vor der Stadt um, als die dort stationierten kaiserlichen Soldaten aus den Stadttoren kamen⁵⁷. Seit der Reformation hatten die Herzöge von Württemberg versucht, das Kloster Zwiefalten landsässig zu machen, um es langfristig zu säkularisieren und das Klostergebiet dem Herzogtum einzuverleiben⁵⁸. Die württembergische Besitzergreifung hielt jedoch schwedische Heerführer nicht davon ab, vom Kloster Kontributionen zu fordern⁵⁹. Wie so oft im Lauf des Dreißigjährigen Krieges war damit eine eroberte Herrschaft mit den konkurrierenden Forderungen zweier verbündeter Kriegsparteien konfrontiert.

Um die kaiserliche Herrschaft im Bodenseeraum endgültig zu brechen, setzten die Schweden alles daran, die befestigten Städte am Bodensee zu erobern. Ein erster Erfolg gelang ihnen in der kleinen Reichsstadt Buchhorn, die im Mai 1632 durch Patrick Ruthven besetzt wurde⁶⁰. Von Buchhorn aus lief die wichtige Schiffsverbindung über den See nach Romanshorn. Allerdings konnten sich die Schweden dort nicht lange halten, denn bereits Anfang Juli eroberte ein kaiserliches Heer Buchhorn zurück. Nur wenige Tage später okkupierte Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar die Residenzstadt Meersburg des Bischofs von Konstanz. Dann griff er die Reichsstadt Überlingen an, und der Kampf dauerte zwei Tage lang. Obwohl in der Stadt kein großes Verteidigungsheer stationiert war, gelang es den Bürgern, den Angriff abzuwehren, und Herzog Bernhard zog mit seinen Truppen ab⁶¹.

⁵⁶ HStAs B 551 Bü 22 (Motive und Ursachen, warum das Kloster Zwiefalten und seine Dörfer die Kontribution nicht aufbringen können, undatiert [1633]).

⁵⁷ HStAs B 40 Bü 2032 Qu. 37 (Schreiben aus Daugendorf [Kopie], 20. 6. 1632).

⁵⁸ HStAs A 208 Bü 448 (Geheimer Rat des Herzogtums Württemberg an die Stadt Reutlingen (Konzept), 7./17. 5. 1632): Es wird behauptet, dass das Kloster Zwiefalten im Territorium des Herzogtums liege und vor unvordenklichen Jahren württembergischer Landstand gewesen sei. Vgl. zum Verhältnis zwischen Württemberg und Zwiefalten: Wilfried SETZLER, Kloster Zwiefalten. Eine schwäbische Benediktinerabtei zwischen Reichsfreiheit und Landsässigkeit, Sigmaringen 1979.

⁵⁹ HStAs B 551 Bü 22 (Herzog Julius Friedrich von Württemberg an die württembergischen Beamten des Klosters Zwiefalten, 21./31. 12. 1632; Verzeichnis über den Schaden, den schwedische Soldaten im Gebiet des Klosters Zwiefalten angerichtet haben, und über die gelieferten Lebensmittel, 18. 6. 1632 bis 17. 2. 1633).

⁶⁰ Max MESSERSCHMID, Buchhorn-Hofen im Dreißigjährigen Krieg, in: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung 89 (1971) S. 33.

⁶¹ StadtA Überlingen C 717/4 (NN., Überlingen, an Graf Hieronymus von Montecuccoli und Wolf Rudolf von Ossa, 12. 7. 1632).

Diese prestigeträchtige Aktion stärkte das Selbstbewusstsein der kaiserlichen Partei enorm, weil sich darin zeigte, dass man den Schweden keineswegs ohnmächtig ausgeliefert war.

So lange sich die kaiserlichen Heerführer nicht auf einen direkten militärischen Konflikt einlassen konnten, verfielen sie auf ein anderes Mittel, um den Gegner zu schwächen und die Bevölkerung zur ungebrochenen Solidarität mit ihren „angestammten“ Herrschaften anzuhalten: Sie stachelten die Bauern der besetzten Herrschaften zu Aufständen an und trafen damit wohl auch auf deren Bereitschaft. Damit nutzten sie eine Unruhe aus, die in der Bevölkerung durch die direkten Auswirkungen des Krieges entstand. Renitentes Verhalten konnte mit der zögerlichen Entrichtung der Abgaben beginnen und steigerte sich mancherorts bis zum offenen Aufstand.

Württembergische Eroberungen

Durch die geradezu spektakulären Erfolge der schwedischen Heere besaß Herzog-Administrator Julius Friedrich von Württemberg den Rückhalt, um eigene Feldzüge zu unternehmen. Zunächst ging es um die Absicherung des eigenen Territoriums. Gefahren musste man vor allem an der westlichen Grenze befürchten. Die Ämter Hornberg, St. Georgen, Tuttlingen und Balingen grenzten direkt an andere Herrschaften, wo mancherorts die unterschiedlichen Besitzungen zerstreut durcheinander lagen. Deshalb boten diese Ämter eine offene Flanke. Im Sommer 1632 zogen kaiserliche Heeresverbände vom Bodensee nach Freiburg, und die herzogliche Regierung befürchtete vor allem einen starken Einfall in das Amt Hornberg, der aber dann unterblieb. Eine weitere Sorge galt der Sicherung der württembergischen Festung Hohentwiel, welche inmitten anderer Herrschaften in der Nähe des Bodensees lag und daher als besonders gefährdet galt. Sie lag auf einem Vulkankegel im Hegau, umgeben von Burgen auf ähnlichen Anhöhen, von denen aus dem Hohentwiel feindliche Überfälle drohten. Im Juni 1632 nahmen die württembergischen Soldaten die Burgen Hohenkrähen⁶², Rosenegg und Mägdeberg ein⁶³. Sie plünderten auch im Ort Ramsen, wo die Herrschaft zwischen der Landgrafschaft Nellenburg und der Stadt Stein am Rhein geteilt war, jedoch eigentlich die eidgenössische Neutralität galt⁶⁴.

⁶² HStAS A 360 Bü 135 (Daniel Betz, Hauptmann und Kommandant von Radolfzell und Mainau, Radolfzell, an Wolf Friedrich Löscher, Kommandant auf dem Hohentwiel, 26. 7. 1632).

⁶³ SÄTTLER (wie Anm. 52) S. 70. – STÄDLINGER (wie Anm. 25) S. 285.

⁶⁴ Gregor SCHWERT, Die Herrschaft Ramsen im 16. und 17. Jahrhundert (1539–1659), Schaffhausen 1974, S. 87.

Im Grunde nutzte man die Zeit jedoch, um im Herzogtum selbst in jedem Amt ein Aufgebot als „Landvolk“ anzuwerben und zu organisieren. Im Herbst des Jahres reiste Herzog-Administrator Julius Friedrich selbst nach Nagold, um den Befehl über die württembergischen Truppen zu übernehmen. Dafür hatte er ein Aufgebot von 40.000 Mann an Landmiliz und Söldnern angeworben. Er leitete den Feldzug persönlich, weil er damit eigene Interessen verfolgte. Wenn unter seinem Befehl Gebiete in Besitz genommen wurden, bestand für Julius Friedrich die Chance, ein eigenes Territorium zu erwerben, bevor Herzog Eberhard an die Regierung kommen würde. Das verstieß gegen das Reichsrecht, so dass der Herzog-Administrator nur das Eroberungsrecht für sich in Anspruch nehmen konnte⁶⁵. Damit beteiligte sich Württemberg direkt am Krieg. Mit dem „Landvolk“ brach Julius Friedrich auf, um sich auf dem Kniebis mit dem schwedischen Feldmarschall Gustav Horn zu vereinigen. Dann belagerten die vereinigten Heere zwei Tage lang die Stadt Offenburg und erzwangen am 2. September die Übergabe mit einem Akkord⁶⁶. Die Besetzung der Stadt überließ der Herzog-Administrator jedoch den Schweden. Durch diesen Erfolg ermutigt, befahl Julius Friedrich dem Obristleutnant Georg Wendel von Steinfels, die fürstenbergische Stadt Haslach in Besitz zu nehmen. Dieser konnte ohne Gewaltanwendung erreichen, dass 12 Tage lang vier Kompanien Fußvolk einquartiert wurden. Damit griff Württemberg zum ersten Mal auf das Gebiet der Grafen zu Fürstenberg über.

Bezüglich der besetzten vorderösterreichischen Herrschaften spielte dem württembergischen Herzog-Administrator ein tragisches Ereignis in Tirol zunächst in die Hände. Am 13. September starb Erzherzog Leopold V. unvermittelt und hinterließ eine Witwe und einen vierjährigen Thronfolger. Die aus dem Haus Medici stammende Erzherzogin Claudia übernahm für ihren Sohn die vormundschaftliche Regierung⁶⁷. Vielleicht wollte Julius Friedrich diese labile politische Situation am Innsbrucker Hof ausnutzen, indem er dem Obristen Johann Michael Rau das Kommando für einen großen württembergischen Feldzug übertrug. Im Oktober 1632 besetzte Rau mit etlichen tausend Mann die vorderösterreichischen Städte Rottenburg, Horb und Schömburg und nahm damit die Grafschaft Hohenberg in Besitz⁶⁸. Außerdem beanspruchte Württemberg die beiden Herrschaften Schramberg und Triberg als „Donations-Güter“, und Rau gelang es, Kontributionen aus

⁶⁵ ZIZELMANN (wie Anm. 2) S. 170 f.

⁶⁶ GLA Karlsruhe Y Nr. 928 (Bericht des vorderösterreichischen Kanzlers Dr. Isaak Volmar über die Einnahme des Fleckens Willstätt sowie die Besetzung von Offenburg und Lahr durch das kaiserliche Heer unter dem Kommando von Wolf Rudolf von Ossa, 2. 9. 1632). – Wolfgang M. GALL, Die kleine Geschichte der Stadt Offenburg, Karlsruhe 2013, S. 71 f.

⁶⁷ Josef EGGER, Die Geschichte Tirols von der ältesten Zeit bis in die Neuzeit, Bd. 2, Innsbruck 1876, S. 365–397. – Sabine WEISS, Claudia de' Medici. Eine italienische Prinzessin als Landesfürstin von Tirol (1604–1648), Innsbruck/Wien 2004.

⁶⁸ SATTLER (wie Anm. 52) S. 71. – STADLINGER (wie Anm. 25) S. 285.

der Herrschaft Triberg zu erzwingen⁶⁹. Mit dieser Expansion provozierte Herzog-Administrator Julius Friedrich die Erzherzogin Claudia und damit indirekt den Kaiser selbst. Die württembergischen Regierungsräte waren sich des politischen Risikos durchaus bewusst, konnten aber offensichtlich den Regenten nicht davon abhalten. Da die württembergischen Truppen in den eroberten Gebieten plünderten und der Kommandant Rau Kontributionen erhob, begehrten die Untertanen auf. Es kam zu Bauernaufständen in den österreichischen Waldstädten Rheinfelden, Säckingen, Laufenburg und Waldshut, den Grafschaften Fürstenberg und Sulz sowie im Gebiet des Kloster St. Blasien. Zeitweise drohten die Bauern sogar mit einem Überfall im Herzogtum Württemberg⁷⁰. Es ist noch wenig über den Verlauf dieser Aufstände bekannt, aber schlussendlich konnten sich die Bauern nicht gegen die erdrückende Übermacht der württembergischen Truppen durchsetzen.

Zwei Monate später, am 6. November, fand König Gustav II. Adolf in der Schlacht bei Lützen den Tod. Daraufhin übernahmen die schwedischen Generäle das Kommando über die Besatzungstruppen in Südwestdeutschland, so dass sie weiterhin große Regionen im Bodenseeraum beherrschten. Die Urkunde über die Schenkungen an den Herzog-Administrator wurde erst nach dem Tod des Königs ausgestellt. Reichskanzler Axel Oxenstierna, der für die unmündige Königin Christina die Regierung führte, sicherte ihm auch noch die Herrschaften Haigerloch und Zimmern sowie die fürstenbergische Landgrafschaft Baar zu⁷¹.

Anfang Dezember marschierte Obrist Johann Michael Rau mit sechs Kompanien zu Fuß und zwei Kompanien zu Pferd sowie drei großen Geschützen in die Herrschaften des Truchsessens Wilhelm Heinrich von Waldburg-Wolfegg ein. Nachdem sie die Stadt Scheer eroberten, nahmen württembergische Beamte von den Bürgern der Stadt Scheer und der umliegenden Orte die Huldigung für den württembergischen Landesherrn ein. Als württembergischer Kommissar war der Uracher Obervogt Georg Wetzel von Marsilien eingesetzt, da das Aufgebot der an der Eroberung beteiligten Soldaten vor allem aus dem Amt Urach stammte. Er residierte im Schloss Scheer, während Obrist Rau und andere militärische Befehlshaber mit einer Kompanie zu Fuß und dem Stab in der Stadt einquartiert waren. Die anderen Kompanien zu Pferd und zu Fuß lagen um Scheer herum in Dörfern des Truchsessens und zum Teil auch des Fürsten Johann von Hohenzollern-Sigmaringen. Diese erfolgreiche Aktion weckte weitere Begehrlichkeiten. Die Württemberger übten Druck auf die Untertanen in den Städten Mengen, Saulgau, Riedlingen und Munderkingen sowie in der fürstenbergischen Stadt Nusplingen und der dazugehörigen Herrschaft Kallenberg aus, um auch diese zur Huldigung zu veranlassen⁷². Erbtruchsess Wilhelm Heinrich von Waldburg-Wolfegg bat Erz-

⁶⁹ STADLINGER (wie Anm. 25) S. 285. – HStAS B 40 Bü 2031, 2032.

⁷⁰ SATTLER (wie Anm. 52) S. 71.

⁷¹ Ebd., S. 85.

⁷² StAS Dep 30/1 T 3 Nr. 248 (Erbtruchseß Wilhelm Heinrich von Waldburg an Dr. Johann Wilhelm Kiesinger, kaiserlicher Kriegskommissar, 8. 11. 1632).

herzogin Claudia um militärische Unterstützung, aber er erhielt die Antwort, dass man gegen die württembergischen Besatzer nichts ausrichten könne⁷³.

Obrist Johann Michael Rau zog mit seinem Heer weiter, zunächst vor die Stadt Rottweil und dann vor die Stadt Villingen, um sie zur Übergabe aufzufordern⁷⁴. Beide Male wurde er zunächst abgewiesen und sah keine Möglichkeit zu einer Eroberung. Sie glückte ihm in der fürstenbergischen Stadt Hüfingen, obwohl sich Hunderte von Bauern aus der Umgebung, welche dort Zuflucht gesucht hatten, erbittert wehrten. Die württembergischen Truppen richteten nach dem Einmarsch in Hüfingen ein Blutbad an⁷⁵. Dies bildete den Auftakt zu einem Eroberungsfeldzug im Hegau, wo die Württemberger kaum auf Widerstand stießen und große Gebiete okkupierten. Vom Hohentwiel aus rückte ein Heeresverband unter Obrist Rau nach Stahringen vor und zerstörte die nur durch 100 unerfahrene Bauern verteidigte Schanze. Damit war der Weg an den Untersee frei⁷⁶. Die wichtigen vorderösterreichischen Städte Radolfzell und Stockach, wo sich die Verwaltung der Landgrafschaft Nellenburg befand, konnten den Eroberern kaum etwas entgegenzusetzen. Zehn Tage nach der Zerstörung der Stahlinger Schanze ergab sich Radolfzell, nachdem Württemberg zugesagt hatte, dass die Eide gegenüber dem Haus Österreich gültig blieben und die Religion nicht geändert würde⁷⁷. Auch die Reichsstadt Pfullendorf fiel in württembergische Hand, aber man verzichtete darauf, die Stadt zu besetzen, sondern schloss lediglich einen Akkord über Kontributionen. Außerdem eroberten die Württemberger die im Besitz des Bischofs von Konstanz stehende Insel Reichenau im Bodensee⁷⁸. Den Hegau mussten sie allerdings räumen, nachdem sie Stockach als Verwaltungssitz der Landgrafschaft Nellenburg ausgeplündert hatten⁷⁹. Es hieß, dass der kaiserliche General Graf Johann von Aldringen mit über 50.000 Mann vom Lech heraufziehe, um die Württemberger zu vertreiben⁸⁰.

⁷³ StAS Dep 30/1 T 3 Nr. 248 (Erzherzogin Claudia an Erbtruchseß Wilhelm Heinrich von Waldburg, 6. 12. 1632, und Oberösterreichische Regierung in Innsbruck an Erbtruchseß Wilhelm Heinrich von Waldburg, 13. 12. 1632).

⁷⁴ SÄTTLER (wie Anm. 52) Beilage 15, S. 61–67.

⁷⁵ STADLINGER (wie Anm. 25) S. 286.

⁷⁶ BEYERLE (wie Anm. 47) S. 9.

⁷⁷ FFA Dreißigjähriger Krieg, Militaria II/5 [1632] (Jakob Ziegler, fürstenbergischer Schaffner in Blumberg, an Lukas Heizmann, fürstenbergischer Schaffner in Löffingen, 27. 10. 1632). Vgl. HStAS A 248 Bü 858 (Ludwig Rösch, Kommissar, Radolfzell, an Herzog Julius Friedrich von Württemberg, April 1633).

⁷⁸ STADLINGER (wie Anm. 25) S. 286.

⁷⁹ Allerdings kam es zu Verhandlungen zwischen Württemberg und der Landgrafschaft Nellenburg über Kontributionen. Vgl. StAS Dep 30/1 T 3 Nr. 248 (Verhandlungen [Kopie], 13./23. 10. 1632).

⁸⁰ StAS Dep. 30/1 T 3 Nr. 248 und Dep. 30/1 T 3 Nr. 692 (Obristkommissar Johann Adolf von Wolfstirn, Lindau, an Erbtruchseß Wilhelm Heinrich von Waldburg, Konstanz, 8. 12. 1632, zwei Ausfertigungen).

Auch wenn die Großmacht Schweden mit einem schlagkräftigen Heer diese Heereszüge absicherte, erstaunt doch der Umfang der Eroberungen. Schon am 26. Mai 1632 hatten württembergische Militärs die vorderösterreichische Stadt Villingen und die Reichsstadt Rottweil erfolglos zur Übergabe aufgefordert. In einem zweiten Versuch gelang es, in den beiden direkt an der Landesgrenze gelegenen Städten Akkorde über Kontributionen zu schließen. Formell gehörte Rottweil als zugewandter Ort zur Eidgenossenschaft, aber die Verbindungen hatten sich gelockert. Villingen war aufgrund der zentralen Lage während des gesamten Dreißigjährigen Krieges heftig umkämpft. Für die Herzöge von Württemberg stellte die Stadt noch aus einem weiteren Grund ein wichtiges Ziel dar: Nach der Reformation hatten sie im Jahr 1566 das Kloster St. Georgen säkularisiert. Daraufhin waren der Abt und die Mönche in die katholische Stadt Villingen geflohen und hielten das Kloster im sogenannten Abtshof lebendig. Aufgrund des Restitutionsedikts hatte Abt Georg Gaisser die Klostergebäude mit einigen Mönchen wiederbesiedelt. Die Besitzansprüche Württembergs an das Kloster St. Georgen ließen sich wesentlich schwieriger begründen als bei anderen Männerklöstern, weil St. Georgen erst Jahrzehnte nach der Reformation säkularisiert worden war. Damit stellte sich ebenso wie beim ehemaligen Priorat des Klosters Hirsau in Reichenbach die Frage, wie weit die Auflösung des katholischen Klosters reichsrechtlich als legal betrachtet werden konnte⁸¹.

Freilich regte sich in Villingen starker Widerstand unter der Bevölkerung. Der Rat sandte heimlich eine Delegation zur vorderösterreichischen Regierung im elsässischen Ensisheim und bat um Hilfe. Dies fasste Herzog-Administrator Julius Friedrich als Verrat auf und wandte sich seinerseits an den schwedischen General Gustav Horn. Wenn Villingen wieder in die Hand des Feindes fallen würde, sah man darin eine Gefahr für die angrenzenden württembergischen Ämter Hornberg, St. Georgen und Tuttlingen⁸². Zur Verteidigung der Stadt Villingen schickte die vorderösterreichische Regierung den Obristen Johann Werner Äscher von Binnigen dorthin⁸³. Vor allem das angrenzende württembergische Kloster St. Georgen befand sich in Gefahr, denn in den Augen der Villingen hatten es sich die Herzöge von Württemberg widerrechtlich angeeignet. Deshalb hielt Obrist Johann Michael Rau den Druck auf die beiden Städte aufrecht, indem er sie immer wieder belagerte. Im Oktober rückte er mit 6.000 Mann und zwei Geschützen vor die Reichsstadt Rottweil, um eine Übergabe zu erzwingen. Die württembergischen Soldaten plünderten zahlreiche Dörfer in der Umgebung und dann auch das Augustinerkloster Beuron im Donautal aus. Ein Teil des Heeres zog nach Villingen, um auch diese

⁸¹ Andreas NEUBURGER, Konfessionskonflikt und Kriegsbeendigung im Schwäbischen Reichskreis. Württemberg und die katholischen Reichsstände im Südwesten vom Prager Frieden bis zum Westfälischen Frieden (1635–1651) (VKgL B 181), Stuttgart 2011, S. 56 f.

⁸² STADLINGER (wie Anm. 25) S. 286.

⁸³ Karl J. GLATZ, Ein gleichzeitiger Bericht über das Wirtembergische Kriegsvolk vor der österreichischen Stadt Villingen vom Jahre 1631 bis 1633, in: WVjH 1 (1878) S. 131.

Stadt einzunehmen, hatte aber damit keinen Erfolg⁸⁴. Anfang November schickte Obrist Rau den Obristleutnant von Steinfels mit 300 Musketieren unter dem Kommando des Kapitäns Maisenbach wiederum dorthin. Dieser rief Kompanien aus den württembergischen Ämtern Freudenstadt, Sulz und Alpirsbach zu Hilfe. Vor den Toren der Stadt Villingen lag das württembergische Dorf Schwenningen. Es kam zu einem dreimonatigen förmlichen Kleinkrieg mit Plünderungen und Überfällen, ohne dass sich eine Kriegspartei durchsetzen konnte⁸⁵. Zur Sicherung der Grenzen sandte Herzog-Administrator Julius Friedrich den Obristen Johann Michael Rau in die fürstenbergischen Herrschaften im Schwarzwald⁸⁶. Dieser erhob Kontributionen und stellte dem Grafen Wratislaus II. zu Fürstenberg-Meißkirch einen Schutzbrief – die sogenannte *Salvanguardia* – aus, um dessen Herrschaften gegen Angriffe anderer Kriegsparteien zu schützen⁸⁷. Aber Rau konnte die fürstenbergischen Dörfer nicht effektiv vor Übergriffen fremder Soldaten schützen. Die Gemeinden beklagten sich, dass sie trotz der fast wirkungslosen *Salvanguardia* doppelte Kontributionen entrichten mussten⁸⁸.

Nach den fürstenbergischen Herrschaften fiel auch die Herrschaft Dürmentingen des Erbtruchsessens Wilhelm Heinrich von Waldburg in württembergische Hand. Nachdem Obrist Rau und andere Heerführer mit sechs Kompanien zu Fuß und zwei Kompanien zu Pferd in das Territorium des Erbtruchsessens eingedrungen waren, erzwangen sie in dessen Residenzstadt Scheer an der Donau die Huldigung der Untertanen⁸⁹. Erbtruchsess Wilhelm Heinrich ließ ein „Mandat“ drucken und in den Orten seiner Herrschaft aufhängen, in dem er die Untertanen ermahnte, den Befehlen der württembergischen Militärs und Beamten keine Folge zu leisten⁹⁰.

⁸⁴ StAS Dep Ho 171 T 2 Nr. 493 (Wilhelm Florian Jäger, Obervogt von Werenwag, an Graf Wratislaus II. zu Fürstenberg, 16. 10. 1632).

⁸⁵ STADLINGER (wie Anm. 25) S. 286 f.

⁸⁶ FFA Dreißigjähriger Krieg, Militaria II/5 [1632] (Johann Michael Rau, württembergischer Obrist, Kammerrat und Kommissar, Neuenstadt, an die fürstenbergischen Räte und Oberamtleute in Löffingen, 6./16. 10. 1632).

⁸⁷ FFA Dreißigjähriger Krieg, Militaria II/5 [1632] (zwei identische Urkunden): (*Salvanguardia* von Johann Michael Rau, württembergischer Obrist, Kammerrat und Kommissar, im Namen des Herzog-Administrators Julius Friedrich von Württemberg für die Herrschaften des Grafen Wratislaus II. zu Fürstenberg, 8./18. 10. 1632; dort auch *Salvanguardia* von Ludwig Rösch, württembergischer Kammerrat und Kommissar, im Namen des Königs Gustav II. Adolf von Schweden für die Herrschaften Blumberg und Löffingen des Grafen Wratislaus II. zu Fürstenberg, mit Einschluss der Geistlichkeit, 26. 10./6. 11. 1632).

⁸⁸ FFA Landschaftssachen Vol. 1st: Schloss Werenwag (Dörfer Kolbingen und Renquishausen an Graf Egon zu Fürstenberg, 16. 10. 1632). Der Fall ereignete sich häufiger. Vgl. FFA Landschaftssachen Vol. 1st: Schloss Werenwag (Wilhelm Florian Jäger, Obervogt von Werenwag, an [Unbekannt], 12./22. 11. 1632).

⁸⁹ StAS Dep 30/1 T 3 Nr. 248 (Erbtruchsess Wilhelm Heinrich von Waldburg an Dr. Johann Wilhelm Kiesinger, kaiserlicher Kriegskommissar, 8. 11. 1632).

⁹⁰ StAS Dep 30/1 T 3 Nr. 248 (Mandat, 12. 11. 1632).

Da sich die Villingener erfolgreich zur Wehr setzten, begehrte auch die Reichsstadt Rottweil gegen Württemberg auf. In Scheer verbreitete sich das Gerücht, dass ein kaiserliches Heer anrücken würde, worauf die wenigen württembergischen Soldaten hastig durch eine Dohle die Stadt verließen. Als sich das Gerücht als unwahr erwies, besetzten schwedische Reiter die Stadt und übergaben sie wieder an eine württembergische Besatzung⁹¹. Erneut befehligte Herzog-Administrator Julius Friedrich persönlich die württembergischen Truppen.

Im Dezember 1632 überfielen Soldaten aus Rottweil eine auf dem Rückzug befindliche württembergische Heereseinheit von 200 Musketieren auf dem reichsstädtischen Territorium. Es gab viele Tote und Verwundete, und zahlreiche Soldaten gerieten in Gefangenschaft. Dadurch fühlte sich Württemberg zu einem Vergeltungsschlag herausgefordert. Am 24. Dezember belagerte ein Heer Rottweil und eroberte nach zwei Wochen die Reichsstadt. Dieses Mal intervenierte die Stadt Zürich und verlangte von Herzog-Administrator Julius Friedrich eine Rechtfertigung, warum er Rottweil als eine mit der Eidgenossenschaft und mit dem Königreich Frankreich verbündete Stadt angegriffen habe. Dieser konnte sich nur damit entschuldigen, es sei unbedingt notwendig gewesen, um das Herzogtum Württemberg zu verteidigen⁹².

Dann zogen die württembergischen Truppen weiter, um auch Villingen in ihren Besitz zu bringen. Eine zweiwöchige Beschießung der Stadt sowie die Zerstörung von Dörfern und Höfen führte zu keinem Erfolg. Kaltes Wetter zermürbte die Soldaten, und schließlich musste die Belagerung wegen der ungünstigen Witterung aufgegeben werden. Die Villingener zerstörten die beiden württembergischen Dörfer Schwenningen und Mönchweiler. Es hatte sich gezeigt, dass das württembergische Heer nicht unüberwindbar war, und allmählich gewann die kaiserliche Kriegspartei in diesem Raum wieder die Oberhand. Am 2. März 1633 eroberten sie die württembergische Amtsstadt Tuttlingen. Damit war die nahegelegene Festung Hohentwiel bedroht. Dagegen gelang es, das Kloster St. Georgen durch eine württembergische Besatzung zu halten. Aber die Villingener erzwangen in mehreren Dörfern in den württembergischen Ämtern Tuttlingen, Rosenfeld, Hornberg und St. Georgen Kontributionen. Insgesamt zeigte sich die Gegend um Villingen als Krisenregion, in der die Situation labil blieb. Mit Überfällen, Plünderungen und Brandschatzungen wehrten sich die Bürger von Villingen erfolgreich gegen die württembergische Expansion.

Allerdings hatten die schwedischen Verbündeten Württembergs um diese Zeit das Fürstentum Hohenzollern-Hechingen besetzt und in Hechingen württembergische Beamte eingesetzt. Einige Mitglieder der Familie von Hohenzollern hielten

⁹¹ StAS Dep 30/1 T 3 Nr.248 (Relation über den württembergischen Einfall in Scheer, 18. 12. 1632).

⁹² Landesarchiv Appenzell Innerrhoden G.II.b 1104: Bürgermeister und Rat von Zürich an Landammann und Rat von Appenzell, 13./23. 12. 1632.

sich auf der Burg Hohenzollern auf, weil sie dort Schutz gesucht hatten. Nun ergriff der schwedische Obrist Johann von der Brink Besitz vom Fürstentum Hohenzollern-Hechingen, und damit geriet auch die Stammburg Hohenzollern in Gefahr⁹³. Der Kommandant auf dem Hohenzollern, Matthäus Weinmann, unternahm mit seinen Soldaten Raubzüge in der Umgebung. Der jugendliche, auf der Burg lebende Graf Philipp Christoph bekam es mit der Angst zu tun und warnte Weinmann eindringlich, er würde die gesamten hohenzollerischen Herrschaften ins Verderben stürzen⁹⁴.

In ähnlicher Weise ergriff Württemberg Besitz von der kleinen Herrschaft Kaltenberg des Truchsessens Wilhelm Heinrich und deren Hauptort Nusplingen. Der Truchsess sah den Grund der Besitzergreifung darin, dass der ihm in Leibeigenschaft verbundene Keller Hans Schmidt sofort zu den Schweden und Württembergern übergelaufen war. Dieser brachte es so weit, dass die Untertanen den Beamten des Truchsessens nichts mehr lieferten, sondern ihre Abgaben an den in Balingen residierenden württembergischen Keller entrichteten⁹⁵. Woher diese Unzufriedenheit mit der „angestammten“ Herrschaft rührte, ließ sich bisher noch nicht klären.

In dieser Situation trat in Stuttgart am 8. Mai 1633 der 18-jährige Herzog Eberhard III. die Regierung an⁹⁶. Gegen den Widerstand von Herzog-Administrator Julius Friedrich hatte die Witwe von Herzog Johann Friedrich, Herzogin Barbara Sophia, die Volljährigkeitserklärung durch Kaiser Ferdinand II. betrieben. Nun hatte sie ihr Ziel erreicht, aber sich dabei nicht nur bei Julius Friedrich, sondern auch bei der gegnerischen Kriegspartei die Sympathien verscherzt. Aus unbekanntem Gründen wurde Herzogin Barbara Sophie immer als bössartige Agitatorin und negative Triebkraft hinter ihrem Sohn angesehen⁹⁷. Herzog-Administrator Julius Friedrich vertrug sich ohnehin mit seiner Schwägerin nicht⁹⁸. Er erklärte sich aber nur unter der Bedingung bereit, die Vormundschaft niederzulegen, dass er einige

⁹³ [Anonym], Nachrichten über die Königliche Stammburg Hohenzollern, Berlin 1863, S. 64 f. – Rudolf Graf von STILLFRIED-ALCÁNTARA, Hohenzollern. Beschreibung und Geschichte der Burg nebst Forschungen über den Urstamm der Grafen von Zollern, Nürnberg 1870, S. 53. – ZIZELMANN (wie Anm. 2) S. 248–251.

⁹⁴ HStAS A 193 Bü 2 (Graf Philipp Christoph Friedrich von Hohenzollern, Hechingen, an Matthäus Weinmann, 3. 3. 1633; Notiz des Grafen Philipp Christoph von Zollern, 6. 3. 1633; Daniel Sartorius, württembergischer Untervogt, Hohenzollern, an Graf Philipp Christoph, 18. 3. 1633; Matthäus Weinmann an Graf Philipp Christoph, 18. 3. 1633). Als nicht regierendes Mitglied des Hauses Hohenzollern trug Graf Philipp Christoph (1618–1671) den Grafentitel.

⁹⁵ StAS Dep 30/1 T 3 Nr. 249 (Erbtruchseß Wilhelm Heinrich von Waldburg an die oberösterreichische Regierung in Innsbruck, 5. 4. 1633).

⁹⁶ STADLINGER (wie Anm. 25) S. 287.

⁹⁷ StAS Dep 30/1 T 3 Nr. 248 (Gedrucktes Mandat von Erbtruchseß Wilhelm Heinrich von Waldburg, 12. 11. 1632).

⁹⁸ SCHOTT (wie Anm. 31) S. 344. Vgl. auch StAS Dep 30/1 T 3 Nr. 692 (Erbtruchseß Wilhelm Heinrich von Waldburg, Konstanz, an Dr. Johann Christoph Kohllöffel, Obervogt in Scheer, 20. 12. 1632).

der ihm von König Gustav II. Adolf geschenkten Herrschaften zu seiner Versorgung behalten durfte. Er residierte in Tübingen, ganz in der Nähe der ihm verbliebenen Herrschaft Hohenberg⁹⁹.

Kriegsführung unter Herzog Eberhard III.

Ohne Zweifel wollte sich der jugendliche Herzog Eberhard III. als „Kriegsheld“ präsentieren und die Eroberungspolitik seines Onkels Julius Friedrich fortsetzen. Er richtete seine Aufmerksamkeit auf die Burg Hohenzollern, auf die vorderösterreichische Stadt Villingen, die vorderösterreichische Herrschaft Schramberg und auf die Grenzgebiete im Schwarzwald, die immer durch den Feind bedroht waren. Aber als Besatzungsmacht unter dem Schutz Schwedens war Württemberg so stark, dass es sich meist behaupten konnte.

Als eine der gefährlichen feindlichen Bastionen galt die Burg Hohenschramberg, ein günstiger Ausgangspunkt für Raubzüge in die angrenzenden württembergischen Gebiete. Im Frühsommer 1633 versammelten sich die Bauern aus der vorderösterreichischen Herrschaft Schramberg, und der württembergische Obrist Johann Michael Rau befürchtete, dass sie sich militärisch organisieren könnten, um württembergische Orte zu überfallen. Deshalb kommandierte er Konrad Widerholt mit drei Kompanien zu Fuß und einer Kompanie zu Pferd aus Rottweil nach Schramberg¹⁰⁰. Dieser begann am 15. Juni, den Auftrag auszuführen. Er verpflichtete die Untertanen der Herrschaft Schramberg durch förmliche Erklärungen, sich von den Aufständischen loszusagen¹⁰¹. Zur Abwehr der Angreifer befahl der Schramberger Obervogt den Bürgern, ihre Häuser, die Mühle und die Sägmühle im Ort abzubrennen¹⁰². Zwei Monate lang schloss Widerholt die Burg Hohenschramberg ein, bis dort die Wasservorräte zur Neige gingen. Mitte August ließen sich die Verteidiger auf einen Akkord ein, und die Soldaten zogen am 14. August aus der Burg ab. Da sich die Stadt Villingen standhaft verteidigte, befürchtete Widerholt, es könnten über kurz oder lang erneut feindliche Soldaten auf der Burg Hohenschramberg stationiert werden. Er riet Herzog Eberhard III., die Burg einzuäschern, und im Sommer 1633 wurde der Hohenschramberg zerstört¹⁰³.

⁹⁹ ZIZELMANN (wie Anm. 2) S. 181–183.

¹⁰⁰ HStAS A 248 Bü 859 (Ordonnanz des Johann Michael Rau, Rottweil, an Konrad Widerholt, 14./24. 6. 1633).

¹⁰¹ HStAS A 248 Bü 859 (Schreiben von Herzog Eberhard III., 29. 7. 1633; „Obligationen“ verschiedener Schramberger Untertanen gegenüber Herzog Eberhard III., Juli 1633).

¹⁰² HStAS A 248 Bü 859 (Martin Solleder, Metzger und Gastgeber, Hans Bißwurm, Müller auf der Bannmühle, Georg Kopp, Klaus Weisser und Barthlin Miller, alle Bürger in Schramberg, an Herzog Eberhard III., 24. 8./3. 9. 1633).

¹⁰³ Schilderung der Vorgänge nach SATTLER (wie Anm. 52) Beilage 15, S. 66 f. – Vgl. auch ZIZELMANN (wie Anm. 2) S. 230.

Daneben galt es, die württembergische Festung Hohentwiel zu schützen, indem man die Burgen auf den Vulkankegeln des Hegau so weit wie möglich zerstörte. Im Juli 1633 beschossen württembergische und schwedische Truppen des Heerführers Graf Otto Ludwig von Salm-Kyrburg-Mörchingen die Burg Hohenstoffeln. Sie war strategisch von Bedeutung, da die dortige Besatzung unter dem Kommando des Besitzers Herr von Hornstein den geworbenen Soldaten aus der Schweiz den Zuzug zum schwedischen Heer, das sich im östlichen Bodenseeraum befand, verhinderte¹⁰⁴. Bei der Erstürmung wurde Landgraf Heinrich Ludwig von Stühlingen, ein Sohn des Grafen Maximilian von Pappenheim, Landgraf von Stühlingen, erschossen¹⁰⁵. Damit hatte der einzige Erbe der Landgrafschaft Stühlingen den Tod gefunden. Graf Maximilian von Pappenheim war einer der wichtigsten Verbündeten Württembergs, zumal er über sehr gute Kontakte zur Eidgenossenschaft verfügte. Hohenstoffeln wurde jedoch von den württembergischen Soldaten eingenommen. Bei einem Aufenthalt auf dem Hohentwiel befahl Herzog Eberhard III., die Burg auszuräumen, alle brauchbaren Mobilien auf die Festung zu bringen und dann Hohenstoffeln in Brand zu stecken.

Eigentlich waren die Dörfer, Höfe und Einkünfte des Besitzers von Hohenstoffeln, Baron von Hornstein, dem Hohentwiel zugeschlagen worden. Als jedoch ein württembergisches Kommando dort ankam, stellte man fest, dass der Kommandant der württembergischen Besatzung in Radolfzell, Obrist Johann Ludwig Zollikofer, bereits das Meiste mit 250 Wagen hatte wegführen lassen. Vor allem das Getreide und das Pulver wurden nach Radolfzell abtransportiert, um die württembergischen Soldaten in der Stadt zu versorgen. Dafür zog Zollikofer auch bei den Bauern der Umgebung die Abgaben ein¹⁰⁶. Das erwies sich als problematisch, denn die Untertanen lieferten die von ihnen verlangten Kontributionen nur unwillig ab¹⁰⁷. Die Konkurrenz zwischen den württembergischen Kommandanten der Festung Hohentwiel und der eroberten Stadt Radolfzell sorgte für erhebliche Spannungen.

Um dieselbe Zeit befahl Herzog Eberhard III. dem Obristen Jost Faber, die Burg Hohenzollern mit 500 Bauern zu Fuß und 100 Metzgern zu Pferd zu beobachten. Als offiziellen Grund gab er an, dass kaiserliche Truppen in der Reichsstadt Überlingen am Bodensee lägen und das Herzogtum Württemberg angreifen könnten, wenn man ihnen nicht den Weg durch die Grafschaften Hohenzollern versperren

¹⁰⁴ SCHWERI (wie Anm. 64) S. 88.

¹⁰⁵ HStAS A 360 Bü 135 (Friedrich Hirnbein, Schaffhausen, an Wolf Friedrich Löscher, Kommandant auf dem Hohentwiel, 28. 6./8. 7. 1633, mit der Kopie eines Schreibens von Herzog Eberhard III. an NN. Behringer, 28. 6./8. 7. 1633).

¹⁰⁶ HStAS A 248 Bü 858 (Johann Kaspar Angerer, Radolfzell, an Herzog Eberhard III., 30. 7./9. 8. 1633).

¹⁰⁷ HStAS A 248 Bü 858 (Johann Kaspar Angerer, Radolfzell, an Herzog Eberhard III., 19./29. 7. und 30. 7./9. 8. 1633).

würde¹⁰⁸. Im Lauf der Zeit schlossen die württembergischen Belagerer die Burg immer mehr ein, aber eine Zeitlang sah es so aus, als ob die Blockade an finanziellen und organisatorischen Schwierigkeiten scheitern würde. Die Soldaten waren ermattet, und die einheimische Bevölkerung zeigte wenig Bereitschaft zur Kooperation¹⁰⁹. Fürst Eitel Friedrich von Hohenzollern-Hechingen, der 1623 die Nachfolge seines Vaters Fürst Johann Georg angetreten hatte, ließ aus dem Feldlager Saarburg, wo er sich aufhielt, über seine Räte ein offizielles Ersuchen an Herzog Eberhard III. stellen, die Blockade aufzuheben. Er versprach, alle feindseligen Racheakte unterbinden zu lassen, aber anschließende Verhandlungen zwischen württembergischen und hohenzollerischen Vertretern in Tübingen verliefen ergebnislos¹¹⁰. Unbeirrt ließ der württembergische Herzog die Blockade fortsetzen¹¹¹.

Als zweites großes militärisches Vorhaben betrieb Eberhard III. die Eroberung der Stadt Villingen. Damit ging es nicht voran, weil die Stadt den württembergischen Belagerern widerstand, und die Villinger immer wieder Ausfälle machten. Im Januar 1634 nahm zwar der württembergische Verwalter in Alpirsbach, Georg Schmidt, in Schramberg die Huldigung der Untertanen aus dieser Herrschaft ein. Er konnte aber sicher kein großes Vertrauen bei ihnen erwecken, weil er ihnen gleich nach dem Huldigungsakt vorwarf, sie würden mit den Villingern konspirieren und ihnen Lebensmittel liefern. Das bestritten die Schramberger Untertanen nicht, erklärten aber, dazu durch einen Akkord verpflichtet zu sein¹¹². Wenige Tage zuvor hatte der württembergische Amtmann in Schramberg, Johann Abraham Wolf Futterer, mehrere Männer unter einem Vorwand gefangen nehmen lassen, denen er vorwarf, sie hätten den „rebellischen“ Villingern mit Informationen geholfen. Sie wurden unter der Folter verhört, um mehr aus ihnen herauszupressen und die anderen Einwohner abzuschrecken¹¹³.

Bei der Belagerung von Villingen zeigten sich die Grenzen der württembergischen Eroberungspolitik, aber sie erschien Herzog Eberhard III. als so wichtig, dass sie fortgesetzt wurde. Er reiste dorthin, um selbst das Kommando über das

¹⁰⁸ Gustav SCHILLING, *Geschichte des Hauses Hohenzollern in genealogisch-fortlaufenden Biographien aller seiner Regenten*, Leipzig 1843, S. 8.

¹⁰⁹ HStAS A 193 Bü 2 (Württembergische Räte an Herzog Eberhard III. (Konzept), 9./19. 9. 1633).

¹¹⁰ HStAS A 193 Bü 2 (Herzog Eberhard III. an Hans Joachim von Grüntal, Obervogt von Tübingen, und an Obrist Jost Faber, 23. 9. 1633; Hohenzollerische Räte an Herzog Eberhard III., 27. 9. 1633; Schultheiß, Bürgermeister und Gericht von Hechingen im Namen der Stadt und der Grafschaft an Herzog Eberhard III., 7. 11. 1633).

¹¹¹ HStAS A 193 Bü 2 (Hans Joachim von Grüntal, Obervogt von Tübingen, an Obrist Jost Faber, 1./10. 10. 1633).

¹¹² HStAS A 248 Bü 859 (Georg Schmidt, Verwalter in Alpirsbach, an Herzog Eberhard III., 6./16. 1. 1634).

¹¹³ HStAS A 248 Bü 859 (Johann Abraham Wolf Futterer, Amtmann in Schramberg, Schloss Schiltach, an Herzog Eberhard III., 3./13. 1. 1634, und Antwort des Herzogs [Konzept], 5./15. 1. 1634).

württembergische Heer zu übernehmen¹¹⁴. Ermutigt wurde er dazu durch spektakuläre Erfolge an anderen Orten. Im März 1634 erzwangen seine Beamten die Huldigung der Untertanen der Herrschaft Nellenburg in Radolfzell¹¹⁵.

Am Innsbrucker Hof der Erzherzogin Claudia befürchtete man nach dieser Besitzergreifung einen Angriff auf die österreichischen Herrschaften in Vorarlberg¹¹⁶. In Hechingen ließ Herzog Eberhard III. die Huldigung der Untertanen aus der Herrschaft Hohenzollern-Hechingen für Württemberg einnehmen¹¹⁷. In diesen Tagen gingen auf der Burg Hohenzollern das Wasser und die Nahrungsmittel aus, und die erschöpften Verteidiger kapitulierten am 3. April 1634. Herzog Eberhard III. gewährte sowohl den Familienmitgliedern des Hauses Hohenzollern als auch der Besatzung freien Abzug¹¹⁸. Dann übernahm eine 50-köpfige württembergische Besatzung unter dem Kommandanten Albrecht Schmidlapp den Hohenzollern.

In Villingen zog sich die Belagerung in die Länge und drohte zu scheitern; deshalb verfielen württembergische Ingenieure auf die geradezu skurrile Idee einer „Wasserbelagerung“. Sie schlugen vor, den Fluss Brigach oberhalb der Stadt durch einen Damm aufzustauen, ihn dann zu sprengen und eine Flutwelle auszulösen, mit der sie fest rechneten. Ohne eigene Verluste an Soldaten würde man so die Stadt in die Hand bekommen. Das Projekt fand beim Herzog Anklang und wurde ausgeführt. Zunächst errichtete man Palisaden und Befestigungsanlagen, um die Villingen an Angriffen auf die Bauarbeiter zu hindern. Dann mussten Bauern aus den württembergischen Dörfern in der Gegend einen Damm aufschütten¹¹⁹. Im August 1634 sprengte man wie vorgesehen den Damm, aber die Brigach führte so wenig Wasser, dass der Stausee hinter dem Damm nicht volllief und die erhoffte Flutwelle ausblieb.

¹¹⁴ ZIZELMANN (wie Anm. 2) S. 230 f.

¹¹⁵ Katholisches Pfarrarchiv Biberach G 3 Tagebuch I des Johann Ernst von Plummern (1588–1635) aus dem Dreißigjährigen Krieg. Transkript von Kurt Diemer (Eintrag vom 14.3.1634).

¹¹⁶ Josef EGGER, Die Geschichte Tirols von der ältesten Zeit bis in die Neuzeit, Bd. 2, Innsbruck 1876, S. 369.

¹¹⁷ HStAS A 193 Bü 2 (Herzog Eberhard III. an die württembergischen Beamten in der Grafschaft Hohenzollern in Hechingen, 20./30.3.1634). – HStAS A 193 U 31 (Notariatsinstrument des Jakob Singer aus Nördlingen, kaiserlicher öffentlicher Notar in Tübingen, 29.3./8.4.1634).

¹¹⁸ SCHILLING, Geschichte des Hauses Hohenzollern (wie Anm. 108) S. 8 f.

¹¹⁹ Nepomuk SCHLEICHER, Beitrag zur Geschichte der Stadt Villingen mit besonderer Beziehung auf die Wasserbelagerung 1634, Donaueschingen 1854, S. 55–57.

Rechtliche und organisatorische Probleme der Expansion

Überblickt man die Kriegereignisse der Jahre 1629 bis 1634, so befanden sich die regierenden Herzöge von Württemberg in den denkbar gegensätzlichsten Situationen. Nachdem die Klöster aufgrund des Restitutionsedikts rekatholisiert wurden, regierten die Herzog-Administratoren Ludwig Friedrich und Julius Friedrich über ein sehr verkleinertes Territorium. Der Kriegszug des Grafen Egon VIII. zu Fürstenberg im Sommer 1631 zwang das Herzogtum Württemberg zur Kapitulation und bestätigte erneut die dominante Machtposition der kaiserlichen Partei. Innerhalb weniger Monate kehrte sich die Lage völlig um, als sich König Gustav II. Adolf von Schweden dem deutschen Südwesten näherte. Nach einer Phase der Unsicherheit schloss sich Herzog-Administrator Julius Friedrich der schwedischen Großmacht an und partizipierte durch Landschenkungen und Eroberungen unter schwedischer Protektion an deren militärischen Erfolgen. Fast unmittelbar nach einer existenziellen Krise Württembergs folgten weiträumig angelegte Eroberungsfeldzüge, bei denen die württembergischen Heere unter marginaler Mitwirkung schwedischer Einheiten zahlreiche fremde Herrschaften eroberten. Innerhalb kurzer Zeit mobilisierte Herzog-Administrator Julius Friedrich ein großes Landesaufgebot und leitete manche Feldzüge selber, um sich den Nimbus eines „Kriegshelden“ aufzubauen. Hier zeigte sich die Stärke des relativ großen Flächenstaates Württemberg. Die meisten kleineren Landesherren in der territorial stark aufgesplitterten Region zwischen der Donau im Norden, dem Schwarzwald im Westen und der westlichen Bodenseeregion konnten den Eroberern wenig entgegensetzen. Herzog-Administrator Julius Friedrich griff selbst vorderösterreichische Herrschaften an und provozierte damit die Tiroler Linie des Hauses Habsburg. Als eine der wenigen Ausnahmen wurde die vorderösterreichische Stadt Villingen trotz hartnäckiger Belagerungen nicht erobert.

Aber nach einer Eroberung musste eine fremde Herrschaft auch in Besitz genommen werden, und dabei ergaben sich zahlreiche Schwierigkeiten in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht. Das politische System des Reiches basierte auf den austarierten Interessen der von adeligen und geistlichen Herrschaftsträgern regierten Reichsstände. Die Verklammerung von dynastischen und herrschaftlichen Elementen definierte Rang und Stand einer Herrschaft innerhalb des Reichsverbandes. Wie der einzelne Untertan seinem „angestammten“ Landesherren verbunden war, so bestimmte sich die Zugehörigkeit der einzelnen Adelsfamilien zur herrschenden Schicht über das Alter ihres Geschlechts und das Ansehen ihres Hauses.

Kurz vor dem Dreißigjährigen Krieg hatte beispielsweise Herzog Johann Friedrich von Württemberg eine Stammtafel in Auftrag gegeben, auf der eine hauchdünne genealogische Verbindung seiner Familie zum Haus Habsburg hergestellt wurde. Was auf den ersten Blick skurril erscheinen mag, dürfte jedoch dynastischen und territorialen Interessen gedient haben. Es ist die Vermutung geäußert worden, dass der Herzog damit die Ansprüche des Hauses Habsburg auf die Pfandschaften

Achalm und Hohenstaufen sowie die Herrschaft Blaubeuren abwehren wollte. Denn wenn die württembergische Dynastie, wie behauptet, Wurzeln im Haus Habsburg hatte, konnte man sozusagen der eigenen Familie diese drei Herrschaftsgebiete im Süden des Herzogtums Württemberg nicht wegnehmen¹²⁰. Dieser Fall zeigt, dass sich die so intensiv betriebene Genealogie eines Herrschergeschlechts als Teil des Staatsrechts konkret auf die Politik auswirkte und weitreichende Auswirkungen hatte.

Der Krieg veränderte dieses Reichsgefüge dramatisch. Durch Eroberungen verloren Adelsfamilien ihre „angestammten“ Territorien, und es stellte sich die Frage nach der Legitimität der neuen Herrschaft. Den Untertanen wurde die Basis ihres Treueverhältnisses zum „angestammten“ Landesherrn entzogen, der ihnen bei der Huldigung seinen Schutz zugesagt hatte. Wenn also in zahlreichen Bittschriften geklagt wird, die Untertanen seien „ohne Schutz und Schirm“, so wird damit eine konkrete Situation beschrieben. Freilich fühlten sie sich auch verlassen, weil in sehr vielen Fällen die Landesherrn flohen und an sicheren Orten Schutz suchten. Dann hielten ihre Beamten, mit denen sie in ständiger Korrespondenz standen, die Verwaltung aufrecht.

Die geradezu aggressive Eroberungspolitik der württembergischen Herzöge steht im Widerspruch zum allgemein gezeichneten Bild der Rolle Württembergs im Dreißigjährigen Krieg. Aus ihr erklären sich teilweise die Probleme, welche nach der Schlacht bei Nördlingen auf die Regentenfamilie und auf das Land zukamen. In diesen Jahren erscheinen die Herzöge von Württemberg als Kriegsherren, die über ein schlagkräftiges Heer verfügten und bedeutende Gebietsgewinne erzielten. Württemberg war während dieser Zeit also keineswegs das geschundene Opfer der großen Mächte, als das es in der Literatur erscheint. Vielmehr dehnte es seine Herrschaft bis an die Grenzen des rechtlich und militärisch Möglichen aus. Freilich musste man angesichts der wechselnden militärischen Machtverhältnisse immer mit einer Veränderung der Lage rechnen.

Im Zusammenhang mit der territorialen Expansion Württembergs stellten sich jedoch politische Fragen, die eine genaue Betrachtung dieser kurzen Zeitspanne für die historische Forschung aufschlussreich erscheinen lassen. Unmittelbar an das Herzogtum grenzte die vorderösterreichische Herrschaft Hohenberg. Sie gehörte zum Besitzkomplex der österreichischen Vorlande, welcher nach der Teilung der Habsburger Besitzungen unter die verschiedenen Linien von den Erzherzögen von Österreich-Tirol in Innsbruck regiert wurde. Erzherzog Leopold V. verfügte als Bruder des Kaisers über einen bedeutenden Einfluss am Wiener Hof, wengleich Kaiser Ferdinand II. auch nicht nur die Interessen seiner Familie vertreten konnte.

¹²⁰ Eberhard FRITZ, „... solche Freundschaft wider erneuert und gemehret worden“. Württembergische Stammtafeln als konstitutive Medien im Konflikt zwischen Württemberg und Habsburg, in: *Total Regional. Forschungen zur frühneuzeitlichen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*. Festschrift für Frank Göttmann zum 65. Geburtstag, hg. von Mareike MENNE/Michael STRÖHMER, Regensburg 2011, S. 115–128.

Als Reichsoberhaupt musste er auch auf die Landesfürsten Rücksicht nehmen. Am Beispiel von Kurfürst Maximilian von Bayern, ebenfalls ein enger Verwandter des Kaisers, zeigte sich, wie sehr ein an sich katholischer Landesherr zwischen seiner Rolle als Parteigänger der Habsburger und der „fürstlichen Libertät“ schwankte. Dieser Antagonismus zeigte sich auch im Schwäbischen Kreis, wo verfeindete Mächte in regelmäßigen Sitzungen miteinander verhandelten. Durch die ambivalente Rolle der adeligen Herrschaftsträger eröffneten sich Möglichkeiten, über konfessionelle Schranken oder militärische Bündnisse hinweg Kontakte zu pflegen. Die komplizierte Struktur des Reiches bot also auch Möglichkeiten der Ausartierung von Interessen, so langwierig sich diese gestalten mochte.

Trotz dieser Widersprüche musste eine Eroberung vorderösterreichischer Gebiete durch die Herzöge von Württemberg die Habsburger auf das Äußerste provozieren und die Position der württembergischen Landesherrn gegenüber dem Kaiser schwächen. Deshalb war die Eroberung der Grafschaft Hohenberg nicht unumstritten¹²¹. Julius Friedrich konnte sich nur mit dem Argument durchsetzen, dass er mit der Okkupation einen Angriff der kaiserlichen Partei abwehren wollte. Aber selbstverständlich ging es ihm auch darum, sein Herzogtum territorial zu erweitern und die Abgaben aus der Grafschaft einzuziehen. Allerdings stellte sich die Frage, welche langfristige Perspektive mit einer solchen annektierten Herrschaft verbunden war.

Auch bei der Eroberung anderer adeliger Herrschaften gab es reichsrechtliche Probleme. Wenn der Herzog von Württemberg das Herrschaftszentrum in Besitz nahm und sich von den Untertanen huldigen ließ, entmachtete er damit das angestammte Herrscherhaus. Dabei begründete das Attribut „angestammt“ grundlegend die Herrschaft, weil sich darin die Verpflichtung der Untertanen zur Treue gegenüber dem Herrscher, aber andererseits auch dessen Fürsorgepflicht gegenüber den Untertanen begründeten. Über den gesamten Dreißigjährigen Krieg hinweg zeigte sich, welche essenzielle Bedeutung dieses Verständnis für die Herrschaftsausübung besaß. Wenn ein Ort von einer fremden Herrschaft auf rechtllichem oder militärischem Weg okkupiert wurde, versuchte die ursprüngliche Herrschaft, die Untertanen durch eine Ermahnung zur Treue gegenüber dem „angestammten Herren“ zum Widerstand gegen die neuen Herren zu bewegen. Der Landesherr repräsentierte die Herrschaft durch seine Person, weshalb auch die Titulatur auf den offiziellen landesherrlichen Befehlen eine deklaratorische Bedeutung besaßen, beispielsweise bei der Regentin von Österreich-Tirol: *Claudia, von Gottes Gnaden verwitwte Ertzherzogin zu Österreich, Hertzogin zu Burgund, Grävin zu Tyrol, Lantgrävin im Elsäs, geborne Princessin von Toscana, der Röm[ischen] Kay[serlichen] M[ajestä]t gevollmechtige Gwaltragerin, auch crafft Testaments selbst Mitvormunderin und Regirerin*. Nicht umsonst hatte ihr verstorbener Gatte Erzherzog Leopold V. wegen seiner Ansprüche auf die drei württembergischen

¹²¹ SATTLER (wie Anm. 52) S. 78. – ZIZELMANN (wie Anm. 2) S. 181–183.

Herrschaften Achalm, Hohenstaufen und Blaubeuren das Attribut „Herzog zu Württemberg“ in seine Titulatur aufgenommen¹²².

Reichsrechtlich verletzte die Okkupation eines Herrschaftszentrums ohne kaiserlichen Besitztitel die grundlegende Ordnung von Rang und Stand unter den Familien des hohen Adels. Die Anciennität und der Rang von Adelsdynastien waren keineswegs abstrakte Größen, sondern sie definierten die Stellung der Dynastie innerhalb des Reichsgefüges. Wenn also ein Fürst des Deutschen Reiches einen anderen Herrschaftsträger entmachtete und von seinem Herrschaftsgebiet Besitz ergriff, standen nicht die Zerstörungen durch die Kriegshandlungen oder die Leiden der Untertanen im Mittelpunkt, sondern die Verletzung der Position der unterlegenen Adelsdynastie. Deshalb wehrten sich die betroffenen Landesherren angesichts ihrer hoffnungslosen militärischen Unterlegenheit auf rechtlchem Weg gegen die Okkupation.

Nachdem württembergische Truppen die Herrschaften des Erbtruchsessens Wilhelm Heinrich erobert hatten, schrieb dieser wegen der Vertreibung von seinen Gütern durch den Herzog von Württemberg an Kaiser Ferdinand II. Dieser verwies ihn an den Reichshof-Fiskal. Da im Herrschaftsbereich des Truchsessens vorderösterreichische Güter lagen, richtete er an die vorderösterreichische Regierung die Anfrage, ob sie sich wegen seiner Initiative beim Fiskal anschließen wolle¹²³.

Nach dem Tod des Grafen Jakob Ludwig zu Fürstenberg-Donaueschingen fiel dessen Herrschaft Donaueschingen an den unmündigen einjährigen Sohn, Graf Franz Karl zu Fürstenberg¹²⁴. Nun versuchte Schweden, die Erbansprüche auf die halbe Landgrafschaft Baar anzufechten, um das Gebiet für Herzog-Administrator Julius Friedrich von Württemberg einzuziehen. Dieser erhob Kontributionen aus den fürstenbergischen Orten. Freiherr Philipp Nikolaus von der Leyen, dem zweiten Ehemann der verwitweten Gräfin Helena, gelang es jedoch, die Erbrechte seines Stiefsohnes an der Landgrafschaft Baar und der Herrschaft Werenwag zu behaupten. Er musste jedoch Herzog-Administrator Julius Friedrich versprechen, den Jungen durch einen evangelischen Herren in der Nähe erziehen zu lassen¹²⁵. Offenbar spekulierte der württembergische Herzog-Administrator darauf, die fürstenbergischen Herrschaften über kurz oder lang in seine Abhängigkeit zu bringen. Deshalb drängte er bei dem im Kindesalter befindlichen Erbgrafen auf eine protestantische Erziehung. Freiherr Philipp Nikolaus von der Leyen amtierte als

¹²² StadtA Ravensburg Bü 492 b/1 (Erzherzog Leopold V. von Österreich-Tirol [„Herzog zu Württemberg“] an die Beamten der Landgrafschaft Nellenburg in Stockach [Kopie], 14. 7. 1619).

¹²³ StAS Dep 30/1 T 3 Nr. 249 (Erbtruchseß Wilhelm Heinrich von Waldburg an die oberösterreichische Regierung in Innsbruck, 5. 4. 1633).

¹²⁴ FFA Landschaftssachen Vol. 1*: Dreißigjähriger Krieg 1619–1650 (Freiherr Philipp Nikolaus von der Leyen an Axel Oxenstierna, schwedischer Reichskanzler, 3. 7. 1634).

¹²⁵ FFA Landschaftssachen Vol. 1*: Schloss Werenwag (Decretum Restitutorum, 23. 11. 1633).

Obervogt der vorderösterreichischen Herrschaft Triberg. Herzog-Administrator Julius Friedrich machte ihm unter dem Vorwand, er sei der eigentliche Herr in der Pfandschaft Triberg, die Rechte streitig. Er wollte dem Ehepaar von der Leyen nur das Niedergericht, den kleinen Frevel und andere unbedeutende Rechte überlassen. In dieser Angelegenheit wandte sich von der Leyen an den schwedischen Reichskanzler Axel Oxenstierna¹²⁶. Ob er damit Erfolg hatte, lässt sich aus den Quellen nicht ermitteln.

Bezüglich der Grafschaft Hohenberg äußerte sich der Ausschuss der württembergischen Landschaft kritisch gegenüber Herzog-Administrator Julius Friedrich: Man könne sich damit nicht beladen, weil Erzherzogin Claudia das übel missdeuten könnte. Sollte sich die militärische Lage ändern, dann drohe die Gefahr, dass das gesamte Herzogtum Württemberg verlorenginge¹²⁷.

Rechtlich besonders heikel war die Eroberung eines symbolträchtigen Herrschaftsmittelpunktes. Die Burg Hohenzollern verkörperte für die Fürsten von Hohenzollern mehr als ein befestigter Platz. Es war vielmehr der symbolträchtige namengebende Ort ihrer Dynastie. Als Herzog Eberhard III. in den Jahren 1633 und 1634 die Burg blockieren ließ, war er sich des enormen politischen Risikos durchaus bewusst. Da sich zudem Mitglieder der Herrscherdynastie auf der Burg befanden, verband sich mit der Eroberung auch eine empfindliche Demütigung einer alten, angesehenen hochadeligen Familie. In einem Schreiben an Herzog Eberhard III. berief sich Graf Philipp Christoph von Hohenzollern auf die gegenseitige gute Freundschaft und die nachbarliche Korrespondenz, appellierte also an das Standesbewusstsein des württembergischen Landesherren¹²⁸. Allerdings hatte er damit keinen Erfolg, aber immerhin bat Herzog Eberhard III. seine Räte um ein Gutachten, ob man die Besetzung fortsetzen oder beenden sollte. In ihren „Bedenken“ äußerten die Räte erhebliche Zweifel an der Berechtigung einer Herrschaftsübernahme, indem sie auf die hochrangige Stellung des Hauses Hohenzollern verwiesen. Als altgräfliches Haus nahm die Dynastie einen hohen Rang im deutschen Adel ein. Die enge Verwandtschaft mit dem mächtigen Haus Brandenburg hob ihr Ansehen noch weiter. Fürst Eitel Friedrich war mit einer Tochter des Grafen Heinrich von Berghs'-Heerenberg verheiratet, aus einer angesehenen niederländischen Adelsfamilie¹²⁹. Diese familiären Verbindungen wurden als wesentlicher Hinderungsgrund für eine rechtmäßige Besitzergreifung der Grafschaft Hohenzollern-Hechingen angeführt.

¹²⁶ FFA Landschaftssachen Vol. 1*: Dreißigjähriger Krieg 1619–1650 (Freiherr Philipp Nikolaus von der Leyen an Axel Oxenstierna, schwedischer Reichskanzler, 3. 7. 1634).

¹²⁷ SÄTTLER (wie Anm. 52) S. 78.

¹²⁸ HStAS A 193 Bü 2 (Graf Philipp Christoph von Hohenzollern an Herzog Eberhard III., 6. 12. 1633).

¹²⁹ HStAS A 193 Bü 2 („Bedenken“ der württembergischen Räte an Herzog Eberhard III., 14./24. 3. 1634).

Aus dem Wortlaut des Gutachtens lässt sich das Unbehagen der Räte spüren. Einerseits mussten sie die reichsrechtliche Bedeutung der Blockade dieses für die Grafen von Hohenzollern konstitutiven Ortes darstellen, andererseits hatten sie auf die durch seine militärischen Erfolge gestärkte Position des noch jugendlichen Herzogs Rücksicht zu nehmen. Deshalb fragt es sich, wie weit man die Stellungnahme als Gefälligkeitsgutachten bewerten muss. Nur mit dem Argument, dass sich die Grafen von Hohenzollern auf die Seite der Feinde Württembergs geschlagen hätten und das Herzogtum bedrohen würden, konnten die herzoglichen Räte eine Rechtfertigung für die Blockierung der Burg Hohenzollern herleiten. Es ließ sich bisher nicht ermitteln, wie sie dann auf die Eroberung der Burg reagierten. Viel weniger lässt sich eruieren, wie das Haus Württemberg eine langfristige Eingliederung der hohenzollerischen Grafschaften hätte legitimieren können. Es hätte sich auch die Frage gestellt, was mit der „angestammten“ Dynastie geschehen wäre.

Indessen sahen sich die württembergischen Herzöge noch vor ein weiteres gravierendes Problem gestellt. Wie alle kriegsführenden Mächte verfolgten sie das Ziel, ihr Land zu vergrößern und die Ressourcen aus den annektierten Herrschaften abzuschöpfen, zumal das Herzogtum Württemberg völlig überschuldet war¹³⁰. Dazu kam die äußerst kostspielige Unterhaltung einer Armee. Die Kriegsfinanzierung blieb über den gesamten Krieg hinweg für alle Parteien ein dramatisches, im Grunde unlösbares Problem. Deshalb sahen sich der Herzog, seine Regierung und Verwaltung mit der Aufgabe konfrontiert, rasch eine effiziente Verwaltung aufzubauen, um die herrschaftlichen Rechte in den annektierten Gebieten wahrzunehmen und die Abgaben einzuziehen. Dafür benötigte man zunächst genügend Beamte wie Vögte und Keller, die – notfalls unter der Aufsicht ihrer Kollegen in den benachbarten württembergischen Ämtern – eine Verwaltung installieren und aufbauen sollten. Dabei musste man mit Schwierigkeiten rechnen, denn in den meisten Fällen blieben die Beamten der „angestammten“ Herrschaft am Ort wohnen und versuchten, die Amtsgeschäfte ihrer Nachfolger zu hintertreiben. Woher man das erforderliche weitere Personal nahm, ist bislang noch nicht eingehend untersucht worden. Es wird aber deutlich, dass das Haus Österreich eher als die württembergischen Herzöge imstande war, besetzte Gebiete organisatorisch zu durchdringen¹³¹.

In den annektierten württembergischen Gebieten kam es in dieser Hinsicht zu erheblichen Problemen. So fiel den Verwaltungsbeamten in der herzoglichen Regierung nach der Okkupation der Grafschaft Hohenberg auf, dass von dort kaum Abgaben nach Tübingen oder Stuttgart geliefert wurden. Als man eine nähere Untersuchung anstellte, stieß man auf erhebliche Mängel und Betrügereien in der Verwaltung. Das wurde begünstigt durch die Tatsache, dass die Beamten in

¹³⁰ SATTLER (wie Anm. 52) S. 83.

¹³¹ Das wird beim Aufbau der Verwaltung in der Pfandschaft Achalm deutlich bei FRITZ, Die „Pfandschaft Achalm“ (wie Anm. 7).

der Grafschaft Hohenberg miteinander versippt und verschwägert waren¹³². Ähnliche Zustände herrschten in Radolfzell, wo die zu erwartenden Abgaben zum Unterhalt der Festung Hohentwiel bestimmt waren. Es fiel dem württembergischen Keller schwer, überhaupt etwas für die Festung zu ergattern, weil der Kommandant der württembergischen Besatzung, Obrist Zollikofer, das gesamte Getreide für die Soldaten beanspruchte.

Würde man also die Eroberungspolitik Württembergs unter ökonomischen Gesichtspunkten untersuchen, so könnte man von sehr kostspieligen Unternehmungen ausgehen, deren Erträge in keinem Verhältnis zum Aufwand standen. Württemberg führte einen teuren Krieg, dessen Notwendigkeit nur mit der Verteidigung des Landes begründet werden konnte. Weiterhin wäre zu untersuchen, wie weit man im Herzogtum Württemberg über genügend qualifizierte, belastungsfähige, aber auch aufrichtige Beamte und Amtsträger verfügte, um eine geordnete Verwaltung in den annektierten Gebieten aufzubauen.

Völlig ungeklärt ist die Frage, wie man sich bei allen Kriegsparteien eine langfristige Besitznahme erobelter Herrschaften vorstellte. Allein Württemberg verletzte fundamental die Rechte der Adelsfamilien Österreich-Tirol – und damit indirekt des Kaisers selbst –, Fürstenberg, Waldburg und einiger weiterer weniger ranghoher Dynastien. Es fehlte jegliche rechtliche Grundlage, etwa behauptete „uralte“ Besitzrechte, um die faktische Enteignung der „angestammten“ Herrscherhäuser auf ein rechtlich haltbares Fundament zu stellen. Schon 100 Jahre vorher hatte sich das nach der Eroberung Württembergs durch Kaiser Karl V. gezeigt. Weder ihm noch seinem Sohn, dem württembergischen Regenten König Ferdinand, war es gelungen, das Herzogtum Württemberg dauerhaft unter habsburgische Herrschaft zu bringen. Im Vertrag von Kaaden 1534 mussten sie auf das Land verzichten und es dem „angestammten“ Herzog Ulrich einräumen. Hätte man die eroberten Herrschaften langfristig behaupten wollen, dann wäre eine Änderung der Reichsverfassung unabdingbar gewesen, aber dafür fehlte vermutlich jede Vorstellung. Es hätte bedeutet, dass man das herrschaftsstiftende Motiv eines „angestammten“ Herrscherhauses durch eine andere legitimistische Grundlage hätte ersetzen müssen.

Wenn man die für Württemberg vordergründig so erfolgreichen Jahre zwischen der schwedischen Invasion und der Schlacht bei Nördlingen im September 1634 näher betrachtet, so lassen sich Erklärungen für die Ereignisse und Entwicklungen in der zweiten Hälfte des Dreißigjährigen Krieges finden. Nach der katastrophalen Niederlage des schwedisch-weimarischen, mit württembergischen Soldaten ergänzten Heeres in der Schlacht bei Nördlingen, floh Herzog Eberhard III. mit dem größten Teil seiner Regierung überstürzt nach Straßburg¹³³. Diese Flucht stieß auf

¹³² HStAS B 40 Bü 1218 (Herzog Eberhard III. an Statthalter Ernst Höllern, Marschall Johann Leuchter, Rentmeister Joachim Binder, Rottenburg, 12./22. 9. 1633).

¹³³ Albrecht ERNST, Württembergische Politik aus dem Straßburger Exil. Herzog Eberhard III. während seiner Flucht im Dreißigjährigen Krieg (1634–1638), in: 20 Jahre Geschichtsverein Leinfelden-Echterdingen e.V., Leinfelden-Echterdingen 2005, S. 187–210.

heftige Kritik¹³⁴, was deshalb ungewöhnlich war, weil sehr viele Landesherren außerhalb ihrer Herrschaften an sicheren Orten lebten. Vielleicht nahmen sowohl die verbliebenen Beamten als auch die verlassenen Untertanen dem Herzog nicht nur sein luxuriöses Leben im Exil übel. Vielmehr stand sein Verhalten im krassen Gegensatz zu der Rolle als siegreichem Feldherren und Eroberer, die er vor der Schlacht bei Nördlingen eingenommen hatte. Vielleicht ahnte man in Württemberg, dass die Okkupation fremder Herrschaftszentren und die Entmachtung angesehenen Dynastien die Rachsucht der gegnerischen Kriegspartei in hohem Maße provozierte.

Diese Befürchtungen sollten sich bewahrheiten, als Kaiser Ferdinand II. nach der Besitznahme des Herzogtums Württemberg nicht nur die Klöster wiederum an die katholische Kirche zurückgab, sondern auch zehn württembergische Ämter an seine Verwandten und an hohe Hofbeamte übereignete¹³⁵. Kurfürst Maximilian I. von Bayern erhielt die Herrschaft Heidenheim, der Hofkriegsratspräsident Heinrich Graf Schlick die Ämter Tuttlingen, Balingen, Ebingen und Rosenfeld, der Obersthofmeister der Kaiserin Anna, Graf Maximilian Trautmannsdorff, die Ämter Neuenstadt und Weinsberg und schließlich der Wiener Bischof Franz Anton von Wolfradt das Amt Möckmühl¹³⁶. Damit verhielt sich Kaiser Ferdinand II. genauso wie wenige Jahre zuvor König Gustav II. Adolf von Schweden, der ebenfalls sehr große eroberte Gebiete großzügig „verschenkt“ hatte. Bei Ferdinand II. profitierte vor allem seine Schwägerin Erzherzogin Claudia von Österreich-Tirol, welche die drei Herrschaften Achalm, Hohenstaufen und Blaubeuren erhielt und dort auch ihre Herrschaft durchsetzen konnte. Damit kamen Teile der württembergischen Ämter Urach, Tübingen und Münsingen in ihren Besitz¹³⁷.

Ein bislang wenig bekannter Zeitabschnitt des Dreißigjährigen Krieges zeigt bei der Heranziehung von Quellen verschiedener Kriegsparteien die Problematik der württembergischen Politik. Einerseits mussten sich die Herzöge verteidigen und traten selbst als Kriegspartei auf. Andererseits gerieten sie in die Wirren des komplizierten Machtgefüges im stark zersplitterten süddeutschen Raum. Insbesondere die Erzherzöge von Österreich-Tirol als enge Verwandte und Verbündete des Kaisers traten als ernstzunehmende Gegner auf, vor deren Einfluss die württembergischen Räte vergeblich warnten. Bei der Besetzung des Herzogtums Württemberg nach der Schlacht bei Nördlingen, der Rekatholisierung der württembergischen Klöster und dem Verlust von zehn Ämtern handelt es sich also nicht im eigentlichen Sinne um willkürliche Akte. Vielmehr hatten sich Herzog-Administrator Julius Friedrich und Herzog Eberhard III. sehr provokativ verhalten, als sie im

¹³⁴ ZIZELMANN (wie Anm. 2) S. 263. – Kritik: HStAS A 63 Bü 92/7 (Erhard Weinmann, Hofprediger, Stuttgart, an Herzog Eberhard III., Straßburg, 29. 10./8. 11. 1635).

¹³⁵ NEUBURGER (wie Anm. 81) S. 34–36.

¹³⁶ Aufzählung nach NEUBURGER (wie Anm. 81) S. 34–36.

¹³⁷ FRITZ, Die „Pfandschaft Achalm“ (wie Anm. 7).

Bündnis mit der Großmacht Schweden auf der Seite der Sieger gestanden hatten. Das Konzept des Raubkriegs war nur noch in Ausnahmefällen dazu geeignet, langfristige Territorialgewinne zu erzielen, etwa bei der Besitznahme der Pfalz durch Herzog Maximilian von Bayern. Weder Württemberg noch später die Parteigänger des Kaisers blieben dauerhaft im Besitz annektierter Herrschaften. Der Westfälische Friede stellte fast vollständig den Vorkriegsstand wieder her. Wäre das nicht der Fall gewesen, so hätte man in einem aufwändigen, langwierigen Prozess eine neue reichsrechtliche Konzeption entwickeln müssen, um das System auf die neuen Gegebenheiten umzustellen.